www.CBGnetwork.org

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

Nr. 1/2004 22. Jahrgang

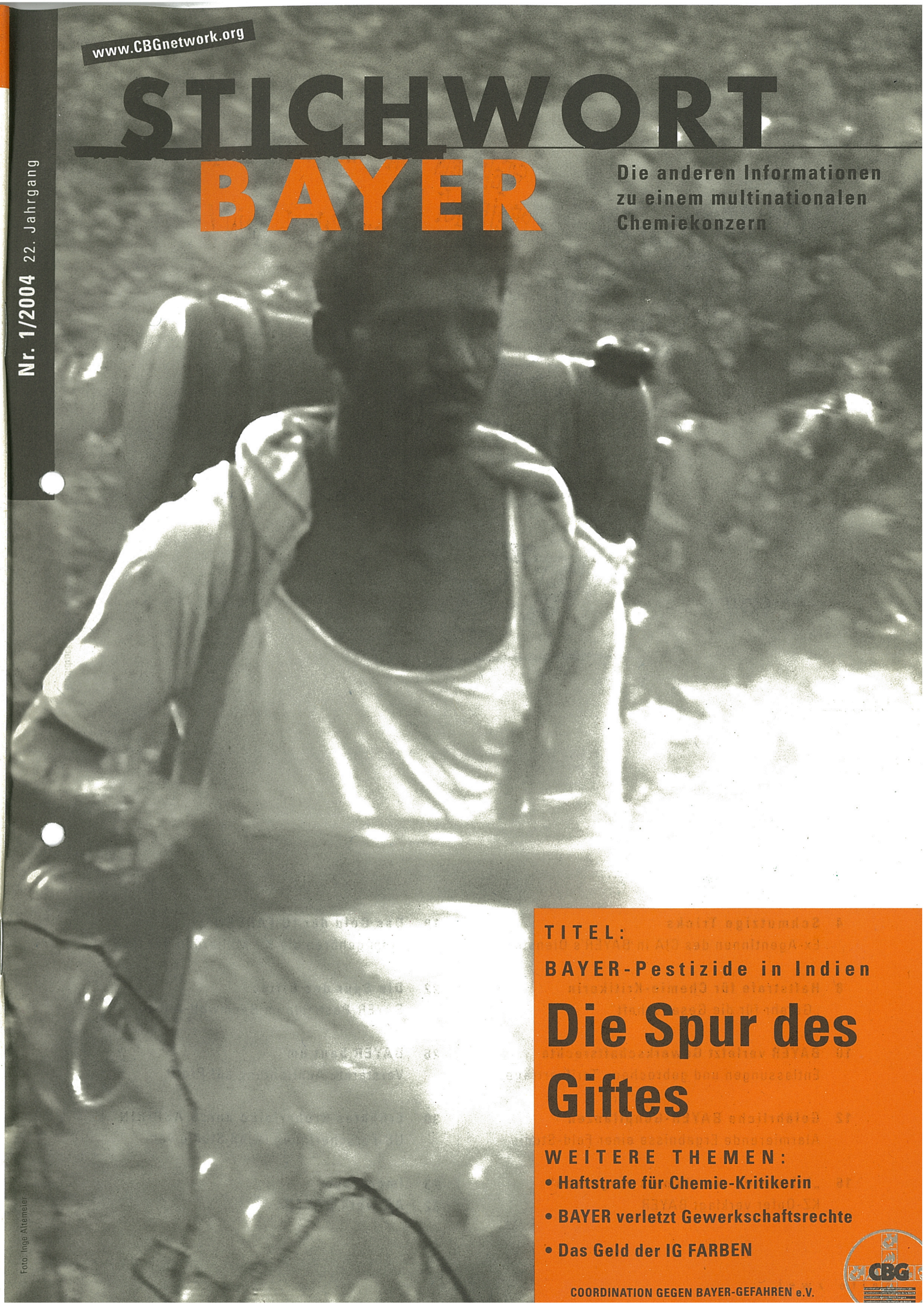


Foto: Inge Altemeier

TITEL:

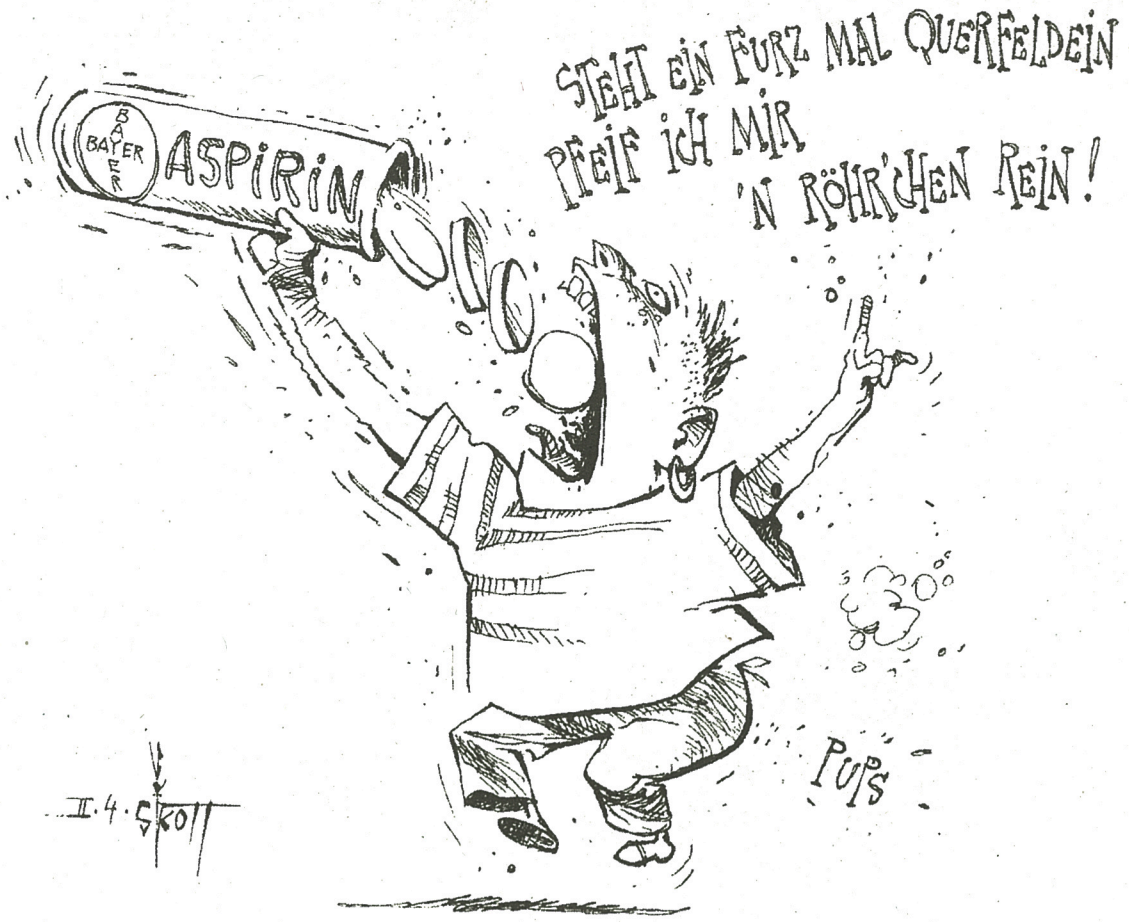
BAYER-Pestizide in Indien

Die Spur des Giftes

WEITERE THEMEN:

- Haftstrafe für Chemie-Kritikerin
- BAYER verletzt Gewerkschaftsrechte
- Das Geld der IG FARBEN

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.



Nachdruck honorarpflichtig

Inhalt

4 **Schmutzige Tricks**
Ex-AgentInnen des CIA in BAYER's Diensten

8 **Haftstrafe für Chemie-Kritikerin**
„Gefahr für die Gesellschaft"

10 **BAYER verletzt Gewerkschaftsrechte**
Entlassungen und gebrochene Tarifverträge

12 **Gefährliche BAYER-Genpflanzen**
Alarmierende Ergebnisse einer Feld-Studie

16 **„Ich werde sie niemals vergessen"**
KZ-Opfer verklagt BAYER

18 **Das Geld der IG FARBEN**
Wem gehören die 2,2 Milliarden der UBS?

22 **Die Spur des Giftes**
BAYER-Pestizide im Baumwoll-Anbau

26 **BAYER baut um**
Verstärkte Ausrichtung auf Profit

30 **Erhöhtes Krebsrisiko durch ASPIRIN**
US-ForscherInnen legen Studie vor

23 **Impressum**

32 **Au weia BAYER**

Liebe Leserinnen und Leser,

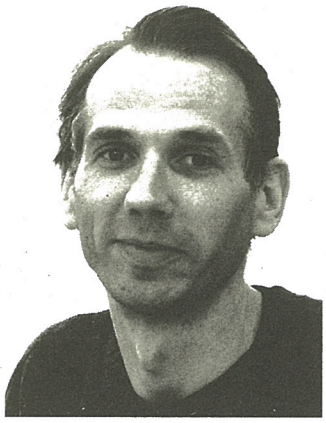


Foto: Uwe Kölsch

Jan Pehrke ist im Vorstand der CBG

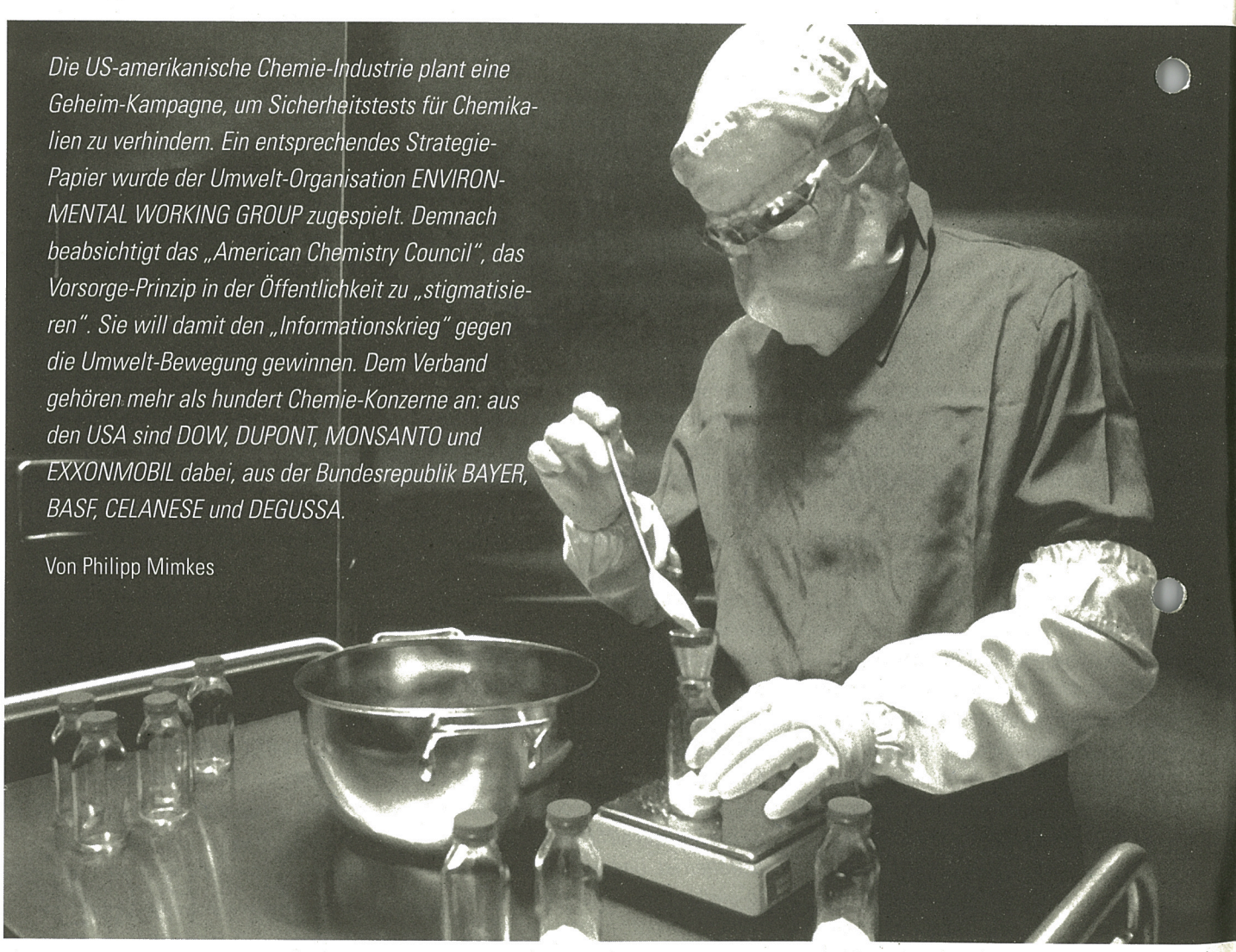
seit langem tritt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) gemeinsam mit den KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄREN sowie anderen Bündnis-Partnern für die Liquidierung der IG FARBEN und für die Verwendung des Firmen-Kapitals zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen ein. Eigentlich sollte die IG FARBEN i. A. (in Auflösung) als Rechtsnachfolger des von BAYER, BASF und HOECHST gegründeten Mörder-Konzerns IG FARBEN schon kurz nach dem Krieg aufgelöst werden. Die Alliierten spalteten die IG in ihre früheren Bestandteile auf und übertrugen der Rest-Gesellschaft nur den übrig gebliebenen Besitz. Diesen hatte das Unternehmen so schnell wie möglich zu verkaufen, um mit dem Erlös die 83.000 IG-ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen. Aber die Abwicklung wurde eine unendliche Geschichte. Die Liquidatoren fanden immer neue Wege, vermeintliche Rechtsansprüche geltend zu machen und mit Klagen die Auflösung hinauszuzögern. Zudem nutzten sie das Firmen-Konstrukt für windige Privat-Geschäfte und bereicherten sich damit an dem eigentlich den ZwangsarbeiterInnen zustehenden Geld.

Im November 2003 meldeten die Zeitungen dann das Ende der IG FARBEN i. A.. Hat die von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN initiierte Kampagne „NIE WIEDER" also letztlich doch Erfolg gehabt? Das ist leider nur bedingt der Fall. Zwar heben wir mit „NIE WIEDER" das himmelschreiende Unrecht immer wieder publik gemacht und bei der Hauptversammlung lautstark protestiert doch: die IG hat dadfurch, dass sie Insolvenz angemeldet hat, die ehemaligen Sklaven-ArbeiterInnen leer ausgehen lassen. Der Konkurs-Verwalter dürfte das Rest-Vermögen nämlich zur Schulden-Tilgung verwenden. Darüber hinaus bestehen berechtigte Zweifel daran, dass die Gesellschaft nicht in irgendeiner Form weiterbesteht. Makabererweise könnte ausgerechnet die von der IG FARBEN zur Entschädigung der KZ-Opfer gegründete Stiftung, die noch keinen Cent ausgezahlt hat (!), das Überleben der Firma sichern, da die Stiftung nicht von der Insolvenz betroffen ist. Und wie der Spiegel meldete, wollen IG-AktionärInnen sie als Rechtsform dazu nutzen, finanzielle Ansprüche gegenüber der schweizer UBS-Bank geltend zu machen. Als einen dieser Unermüdlichen nennt das Magazin den extrem rechten Düsseldorfer Millionär Bolko Hoffmann. Er ist Herausgeber des Effekten-Spiegel und hat unlängst zusammen mit dem Hamburger Rechtsaußen Roland Schill die Partei „Pro Deutsche Mitte/Schill" gegründet. Eine bisher nicht näher bekannte Aktionärsgruppe hat im Februar den als Vertreter von ZwangsarbeiterInnen bekannt gewordenen US-Anwalt Edward Fagan beauftragt, Klage gegen die UBS einzureichen. Von den reklamierten 35 Milliarden Dollar sollen die ZwangsarbeiterInnen dann ein Drittel bekommen. Die IG FARBEN i. A., die im Faschismus 83.000 ZwangsarbeiterInnen geknechtet und sich stets erfolgreich Entschädigungsansprüchen verweigert hat, instrumentalisiert jetzt also die KZ-Opfer zur Bemäntelung ihrer Profit-Interessen! Eine nun schon mehr als 60 Jahre währende Kontinuität der Menschenverachtung.

Jan Pehrke

Ex-AgentInnen des CIA in BAYERs Diensten

Schmutzige Tricks gegen Chemikalien-Sicherheit



Die US-amerikanische Chemie-Industrie plant eine Geheim-Kampagne, um Sicherheitstests für Chemikalien zu verhindern. Ein entsprechendes Strategie-Papier wurde der Umwelt-Organisation ENVIRONMENTAL WORKING GROUP zugespielt. Demnach beabsichtigt das „American Chemistry Council", das Vorsorge-Prinzip in der Öffentlichkeit zu „stigmatisieren". Sie will damit den „Informationskrieg" gegen die Umwelt-Bewegung gewinnen. Dem Verband gehören mehr als hundert Chemie-Konzerne an: aus den USA sind DOW, DUPONT, MONSANTO und EXXONMOBIL dabei, aus der Bundesrepublik BAYER, BASF, CELANESE und DEGUSSA.

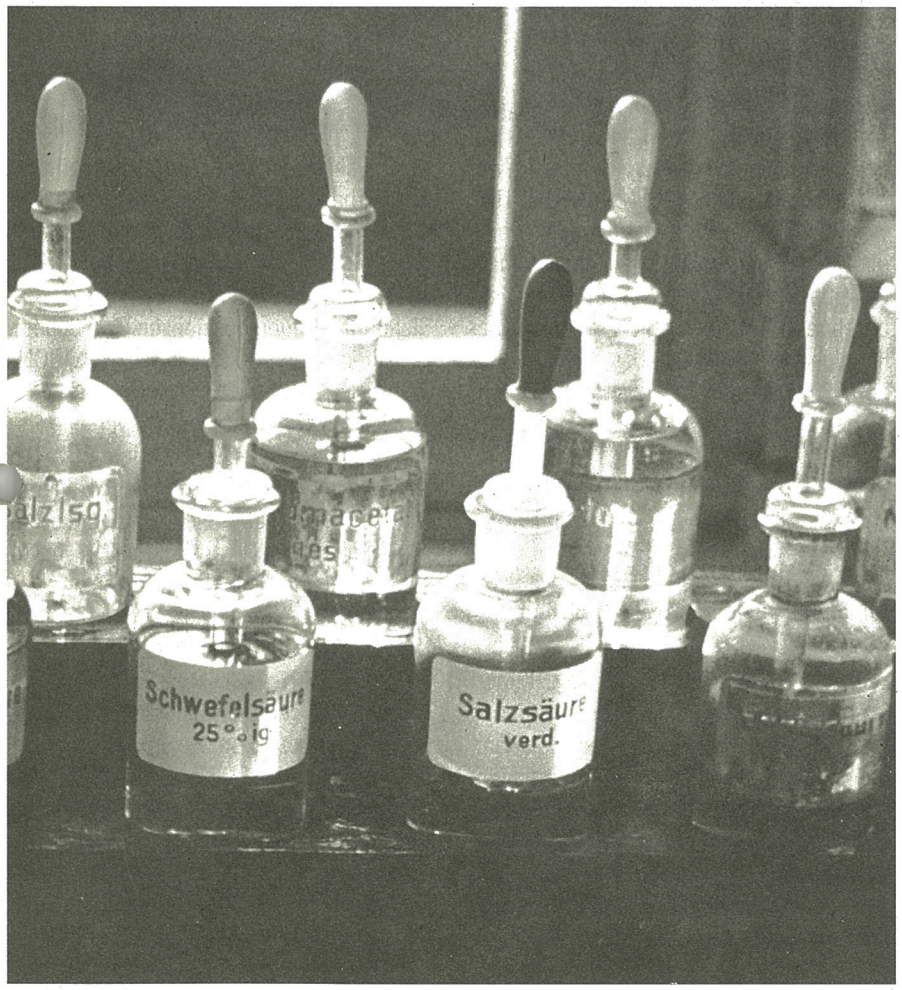
Von Philipp Mimkes

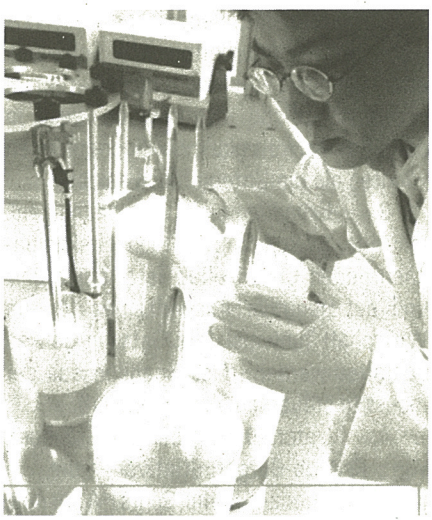
Gefährliche Chemikalien haben sich global ausgebreitet: Ob in Fischen, Polar-Bären, in der Muttermilch, im Hausstaub oder in Alltagsgegenständen - giftige Stoffe aus industrieller Produktion sind überall nachweisbar. Zahlreiche Krankheiten werden mit der ständig steigenden Chemie-Fracht in Verbindung gebracht. Schätzungen zufolge könnte allein im deutschen Gesundheitswesen ein zweistelliger Milliarden-Betrag eingespart werden, wenn die Belastungen durch die Substanzen signifikant zurückgingen.

Trotzdem sind in den USA wie auch in Europa zehntausende Stoffe auf dem

Markt, die nie auf ihre Gefahren hin untersucht wurden. Staatliche Stellen werden erst aktiv, wenn es zu gravierenden Umwelt-Einwirkungen kommt. UmweltschützerInnen treten daher dafür ein, alle Chemikalien zu verbieten, die sich in Mensch, Tier und Umwelt anreichern und die das Immunsystem angreifen können (befristete Ausnahmen dürften nur erteilt werden, sofern für einen Stoff noch keine sichere Alternative vorhanden ist, der gesellschaftliche Bedarf unabdingbar ist und geeignete Maßnahmen zur Risiko-Minimierung ergriffen werden). Zudem fordert die Umwelt-Bewegung seit langem die Veröffentlichung sämtlicher toxikologischen Daten aller Chemikalien sowie genaue Informationen darüber, welche Stoffe in Konsum-Gütern enthalten sind.

Zwar würde die Allgemeinheit von solchen Schritten profitieren - sowohl durch einen Rückgang Chemikalien-induzierter Erkrankungen als auch finanziell. Doch für die Chemie-Industrie geht es um Milliardenbeträge: Würde das Vorsorgeprinzip konsequent angewandt, müssten Tausende gefährlicher Chemikalien vom Markt genommen werden, die Zulassung neuer Stoffe würde erheblich erschwert. Grund genug, das Vorsorgeprinzip mit harten Bandagen zu bekämpfen. Bestrebungen der EU, die Gefahren durch Chemikalien zu verringern, wurden von der Industrie als „wettbewerbsfeindlich" und „Programm zur Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen" denunziert. In einer riesigen Lobby-Anstrengung gelang es den Chemie-Konzernen, dem ursprünglich ambitionierten Entwurf der EU-Kommission die Zähne zu ziehen (s. *SWB 4/03*). Tatkräftige Unterstützung erhielten die Unternehmen dabei vom „American Chemistry Council" (ACC), dem auch der BAYER-Konzern angehört. „Diese Anstrengungen halfen mit, weltweit eine aggressive Position aufzubauen und führten zu deutlichen Konzessionen in der jetzt vom Europäischen Parlament vergelegten Fassung", schreibt der ACC frank und frei in seinem Jahres-Bericht.





Daheim in den USA geht der Verband noch ein gutes Stück aggressiver vor. Das ACC ließ sich von der Werbe-Agentur NICHOLS-DEZENHALL eine Kampagne maßschneidern, um Forderungen der Umwelt-Bewegung schon im Vorfeld entgegenzutreten. NICHOLS-DEZENHALL mit Sitz in Washington ist besonders für seine Schmutz-Kampagnen bekannt: Die Firma beschäftigt eine Vielzahl ehemaliger FBI- und CIA-AgentInnen zur Ausspionierung von Umwelt-AktivistInnen und anderer kritischer Kräfte. Nick Nichols, Teilhaber der Firma, rechfertigt solche Maßnahmen mit der „Gefährlichkeit radikaler Umweltschützer", die er mit der von Terroristen vergleicht. So schreckten MitarbeiterInnen der Agentur in der Vergangenheit nicht einmal davor zurück, Materialien aus dem Abfall von UmweltschützerInnen herauszuklauben.

So schreckten MitarbeiterInnen der Agentur in der Vergangenheit nicht einmal davor zurück, Materialien aus dem Abfall von UmweltschützerInnen heraus zu klauben

Die schwerpunktmäßig in Kalifornien geplante Kampagne beinhaltet denn auch eine Reihe „ungewöhnlicher Maßnahmen":

1. Sammeln persönlicher Daten von UmweltschützerInnen (mit Schwerpunkt auf AktivistInnen, die für das Vorsorge-Prinzip kämpfen),

→

2. Anwerbung und finanzielle Hilfe „unkonventioneller Bündnispartner" (Vertreter von Minderheiten wie Schwarze oder Latinos, VerbraucherschützerInnen, wissenschaftliche Institute), da diese in der Öffentlichkeit glaubwürdiger auftreten könnten als die Unternehmen selbst,

3. Gründung eines „unabhängigen" Instituts, welches Öffentlichkeitskampagnen gegen Chemikalien-Tests durchführt und auf negative Auswirkungen für die Wirtschaft hinweist (die Satzung soll so gestaltet werden, dass Spenden aus der Industrie steuerlich absetzbar sind),

4. Unterstützung bei der Gründung von Pseudo-Bürgerinitiativen, die in Demonstrationen, Radio-Spots, Websites, Rundbriefen, Vorträgen und Presse-Konferenzen auf die negativen Auswirkungen vorsorgender Umweltschutz-Maßnahmen hinweisen sollen - möglichst dann, wenn Diskussionen oder Abstimmungen über relevante Gesetze anstehen,

5. Veröffentlichung einer Studie, um die „zerstörerischen Auswirkungen" einer auf dem Vorsorge-Prinzip basierenden Gesetzgebung zu „dramatisieren",

6. Hintergrund-Gespräche mit konservativen JournalistInnen und Talkshow-ModeratorInnen zur „Stimulierung" der Debatte,

7. Präsentation „schockierender" Beispiele für angeblich übertriebenes Vorsorge-Denken (z. B. Verbreitung tödlicher Krankheiten wegen fehlender Pestizide),

8. Verwendung „humoresker Elemente", die demonstrieren, dass ein extremes Vorsorge-Prinzip „zurück in die Steinzeit" führe; Verbreitung der Materialien über Poster, Anzeigen und Internet.

Kalifornien hatte in den letzten Jahren für einige besonders risiko-reiche Anwendungen (wie Flammschutzmittel) vorsorgende Untersuchungen vorgeschrieben und spielte in der Umweltgesetzgebung der USA stets eine Vorreiterrolle. In dem Strategie-Papier wird der Bundesstaat daher als „Leithammel" bezeichnet, dessen Entwicklung anderen Teilen der USA als Vorbild dient - weswegen eine verschärfte Umwelt-Gesetzgebung dort „besonders aggressiv" bekämpft werden müsse.

Die Kosten der Kampagne schätzt NICHOLS-DEZENHALL auf rund 15.000 Dollar monatlich, plus Spesen. Das eigentlich geheime Papier wurde der ENVIRONMENTAL WORKING GROUP zugespielt - der Umwelt-Verband erhielt das Konzept von einer der „unabhängigen Gruppen", die vom ACC als Bündnispartner gewonnen werden sollten. Bill Walker, Vize-Präsident der ENVIRONMENTAL WORKING GROUP: „Die Vorgehensweise der Chemie-Industrie ist vollkommen inakzeptabel: gefakete Bürger-Initiativen, bezahlte PR-Agenten, die sich als unabhängige Experten ausgeben, und Wühlarbeit im Privatleben von Umweltschützern." In einem Brief an das ACC fordert Walker, alle Personen und Organisationen offen zu legen, die im Rahmen der Kampagne bereits engagiert bzw. gegründet wurden. „Ich gehöre zu den kalifornischen Umwelt-Aktivisten, deren Müll Sie offenbar durchsuchen. Es ist für mich eine Farce, wenn sich das ACC in der Öffentlichkeit als ehrbarer Teil der Gesellschaft, der nichts zu verbergen hat, darstellt", schreibt Walker weiter.

„Man muss sich nur den Aufschrei vorstellen, wenn UmweltschützerInnen in solcher Weise VertreterInnen der Industrie ausspionieren oder unter falschem Namen auftreten würden"

Das „American Chemistry Council" ging in einer Stellungnahme nicht darauf ein, wie weit die Kampagne fortgeschritten ist, bezeichnete es aber als „selbstverständlich, dass wir den Kontakt zur Öffentlichkeit suchen". Erst kürzlich hatte der Verband seinen Mitgliedern empfohlen, in den nächsten 10 Jahren 250 Millionen Dollar für Werbe-Maßnahmen auszugeben, um das öffentliche Interesse von Sicherheitsfragen abzulenken. Ted Schettler, Direktor des SCIENCE AND ENVIRONMENTAL HEALTH NETWORK: „Die Mitglieder des ACC hatten, mit wenigen Ausnahmen, in den letzten 50 Jahren einen Freifahrtschein. Sie haben daher keinerlei Neigung, Informationen über die Risiken ihrer Produkte zu veröffentlichen, bevor sie diese in die Umwelt aussetzen."

Der Chemie-Professor Jürgen Rochlitz, Mitglied der deutschen Störfallkommission, ist empört: „Dieses Strategie-Papier bietet einen seltenen Einblick in die doppelzüngige Vorgehensweise der Chemie-Industrie. In Werbe-Kampagnen ist von „Responsible Care" und „intensiven Anstrengungen für den Umweltschutz" die Rede - gleichzeitig werden KritikerInnen bespitzelt und selbst elementarste Sicherheitsvorkehrungen mit allen Mitteln bekämpft. Der Schutz von Umwelt und VerbraucherInnen ist für die Industrie-VertreterInnen offenbar vollkommen nebensächlich." Prof. Rochlitz fordert BAYER, BASF und DEGUSSA auf, das ACC zu verlassen und sich deutlich von der Kampagne zu distanzieren.

Axel Köhler-Schnura von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG): „Man muss sich nur den Aufschrei vorstellen, wenn UmweltschützerInnen in solcher Weise VertreterInnen der Industrie ausspionieren oder unter falschem Namen auftreten würden. Man würde dies als „kriminell" und „terroristisch" bezeichnen und juristisch dagegen vorgehen. Es entspricht der Logik repressiver

Der BAYER-Konzern hat eine lange Tradition unethischer Firmen-Politik

Konzern-Strukturen, mit Korruption und Gewalt zu arbeiten - die in den USA geplante Kampagne ist dafür nur eines von vielen Beispielen." Köhler-Schnura bezeichnet die Pläne der Industrie als „Einschüchterung von KritikerInnen" und klaren Verstoß gegen demokratische Regeln".

Gegen andere Bemühungen, die von Chemikalien ausgehenden Gefahren einzudämmen, schritt der ACC ebenfalls schon erfolgreich ein. In seinem Jahresbericht rühmt er sich, in mehreren US-Bundesstaaten Abfall-Gesetze mit strengen Auflagen für Kunststoffe zu Fall gebracht zu haben. Zusätzlich gelang es ihm, ein Gesetz zum Ausschluss von Kunststoffen als Bau-Materialien in öffentlichen Gebäuden durch massive PR-Arbeit zu verhindern. Auch die von ihren Verbandsmitgliedern gekauften WissenschaftlerInnen hatten mit ihren „Expertisen" Erfolg. Eine Weichmacher-Studie verhinderte das Verbot von Phthalaten in Kinder-Spielzeug und eine weitere über Kombinationswirkungen von Chemikalien bereitete strengen Test-Vorschriften ein politisches Ende.

Solche Praktiken sind „Business as usual" in der Chemie-Branche - und nicht nur dort. Der BAYER-Konzern hat eine lange Tradition unethischer Firmen-Politik. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts vermarktete das Unternehmen aggressiv das „Hustenmittel" Heroin, obwohl die süchtig machende Wirkung längst bekannt war. Im Ersten Weltkrieg erfand die Firma Chemische Kampstoffe und setzte sich vehement für deren Verwendung ein. Im Rahmen der IG FARBEN war BAYER tief in die Struktur des Dritten Reiches eingebunden und für Menschenversuche, den Tod tausender ZwangsarbeiterInnen und die Ausplünderung eroberter Gebiete mitverantwortlich. In den 80er Jahren wurden Tausende Bluter durch BAYER-Produkte mit HIV infiziert - der Konzern hatte trotz Kenntnis des Ansteckungsrisikos auf Test-Verfahren verzichtet und noch Jahre nach Auftreten der ersten Infektionen alte Chargen verkauft. Aktuelle Skandale umfassen die jahrelang bekannten Nebenwirkungen von LIPOBAY, denen mindestens 100 PatientInnen zum Opfer fielen, Preis-Absprachen mit Konkurrenten und den millionenschweren Betrug des US-amerikanischen Arznei-Programms für sozial Schwache, MediCaid.

KritikerInnen begegnet der Konzern mit Einschüchterungsversuchen. Die CBG wurde mehrfach verklagt und musste jahrelange Prozesse überstehen. Selbst VertreterInnen von Politik und Justiz behandelt der Chemie-Multi mit Arroganz. Staatsanwalt Erich Schöndorf nach einer Hausdurchsuchung bei BAYER: „Es drängte sich der Verdacht auf, dass man Teile des Konzerns für rechtsfreie Räume hält, in denen Staatsanwälte nichts zu suchen haben - selbst wenn sie mit einem richterlichen Durchsuchungsbeschluss kommen."

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen, desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

- ❑ **Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich ..... Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft**
- ❑ **Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für ..... € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).**

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418,
40081 Düsseldorf
Fax 0211 - 333940
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Bank: _____

BLZ: _____ **Kontonummer:** _____

Datum/Unterschrift _____ **Alter:** _____

Coupon

„Gefahr für die Gesellschaft"

Haftstrafe für Chemie-Kritikerin

Die texanische Fischerin Diane Wilson kämpft seit 20 Jahren gegen die Verseuchung des Golf von Mexiko durch die Chemie-Industrie. Das Calhoun County-Gericht in Port Lavaca/Texas verurteilte sie wegen einer gewaltlosen Demonstration gegen das Unternehmen DOW CHEMICALS zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe. In den USA werden UmweltschützerInnen mehr und mehr als „Gefahr für die innere Sicherheit" angesehen und mit allen Mitteln kriminalisiert.

Von Philipp Mimkes

Fotos: Greenpeace

Die Umwelt-Aktivistin Diane Wilson

„DOW - Verantwortlich für Bhopal" stand auf dem Transparent, das die Umwelt-Aktivistin Diane Wilson im August 2002 auf einem 30m hohen Kühlturm des Unternehmens DOW CHEMICALS entrollt hatte. Zuvor hatte Wilson aus Protest gegen die Geschäftspolitik der Firma vier Wochen vor der Einfahrt des Werks im texanischen Seadrift campiert und gefastet. Wegen unbefugten Eindringens auf Werksgelände wurde die Umweltschützerin Anfang Februar von einem Gericht in Port Lavaca/Texas zu einer 4-monatigen Gefängnisstrafe verurteilt - das Gericht wertete ihre Aktion als „kriminelle Handlung". Die Aktivistin wurde nach Verkündigung des Urteils sofort inhaftiert. Diane Wilson, die 30 Jahre lang als Shrimp-Fängerin gearbeitet hat, erlangte internationale Berühmtheit durch die Versenkung ihres Fischerboots über den Abfluss-Rohren eines Chemie-Werks am Golf von Mexiko (s. *SWB 2/03*).

„Ich protestierte dagegen, dass sich die Verantwortlichen der Katastrophe von Bhopal seit zwanzig Jahren weigern, vor indischen Gerichten zu erscheinen, wo sie sich für den Tod von mehr als 20.000 Menschen verantworten müssen", so Diane Wilson vor der Urteilsverkündung. „Die Firma UNION CARBIDE entzieht sich bis heute jeglicher Verantwortung. Ich hingegen habe nie jemandem etwas zu Leide getan und stehe heute trotzdem vor Gericht. Firmen wie DOW verhöhnen Recht und Gesetz: Wenn es ihnen passt, rufen sie nach dem Gesetz; wenn nicht, dann ignorieren sie es."

Im Dezember 1984 waren 27 Tonnen giftige Gase aus UNION CARBIDES Fabrik in Bhopal ausgetreten. Tausende starben in der selben Nacht, rund eine halbe Million Menschen erlitten Gesundheitsschäden. Noch heute führen die damals ausgetretenen Gifte zu Missbildungen bei

Neugeborenen und anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Im Februar 2001 hatte DOW CHEMICALS UNION CARBIDE geschluckt und damit die Haftungsverpflichtungen übernommen. In Bhopal fand parallel zu dem Verfahren eine Demonstration von 100 Überlebenden des Giftgas-Unglücks statt. Diese forderten DOW auf, die Klage sofort zurückzuziehen.

Der Prozess steht in einer Reihe harter Urteile gegen DemonstrantInnen und UmweltschützerInnen, die in den USA mehr und mehr als Bedrohung der inneren Sicherheit angesehen werden und mit schwersten juristischen Angriffen überzogen werden (s. hierzu auch Seite 4 „Schmutzige Tricks gegen Chemikalien-Sicherheit"). Der zuständige Richter Alex Hernández bezeichnete Wilson als eine „drohende Gefahr für die Gesellschaft" und gab einem Antrag der Staatsanwaltschaft statt, wonach die Angeklagte in dem Verfahren weder auf den Unfall von Bhopal noch auf mögliche Umwelt-Risiken des DOW CHEMICAL-Werks in Seadrift eingehen durfte. Nur die unmittelbaren Umstände ihres Eindringens auf das Werksgelände wurden untersucht - und eine sachbezogene Verteidigung somit vollkommen unmöglich gemacht.

In Indien ist seit 1991 ein Strafverfahren gegen UNION CARBIDE und seinen ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Warren Anderson anhängig. Trotz eines internationalen Haftbefehls und eines Auslieferungsantrags der indischen Regierung weigert sich die Firma, in Bhopal vor Gericht zu erscheinen. Der US-Kongressabgeordnete Frank Pallone kritisiert in einem Brief an die Firma: „Es ist empörend, dass die beteiligten Firmen kurz vor dem 20. Jahrestag dieser Tragödie noch immer nicht die volle Verantwortung übernehmen wollen. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich amerikanische Konzerne im Ausland der Strafbarkeit entziehen." Ein Sprecher des Unternehmens blieb bei der Behauptung, dass UNION CARBIDE-Angestellte nicht der indischen Rechtsprechung unterlägen - eine Klage-Möglichkeit der Opfer in den USA lehnt die Firma indes ebenfalls ab.

Die Dow Chemicals-Fabrik vor Seadrift

Das Verfahren steht in einer Reihe harter Urteile gegen DemonstrantInnen und UmweltschützerInnen, die in den USA mehr und mehr als Bedrohung der inneren Sicherheit angesehen werden

Diane Wilson ist ungebrochen. Gegenüber *Stichwort BAYER* kündigte sie am Tag der Urteilsverkündung an, im Gefängnis in einen Hungerstreik einzutreten, „nicht um gegen die Ungerechtigkeit meines Verfahrens zu protestieren, sondern um auf das Unrecht in Bhopal hinzuweisen." Nach einer Woche ohne Nahrungsaufnahme stellte Wilson einen Revisionsantrag und wurde bis zur nächsten Verhandlungsrunde auf freien Fuß gesetzt.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, die sich seit Jahren für eine gerechte Entschädigung der Opfer von Bhopal einsetzt, kooperiert weiterhin eng mit der streitbaren Fischerin. In Schreiben an die texanischen Justizbehörden und den zuständigen Richter forderte der Verein die Beendigung des Verfahrens gegen Diane Wilson sowie die Aufnahme von Ermittlungen gegen DOW CHEMICAL.

Die Lavaca-Bucht: Benutzung auf eigene Gefahr

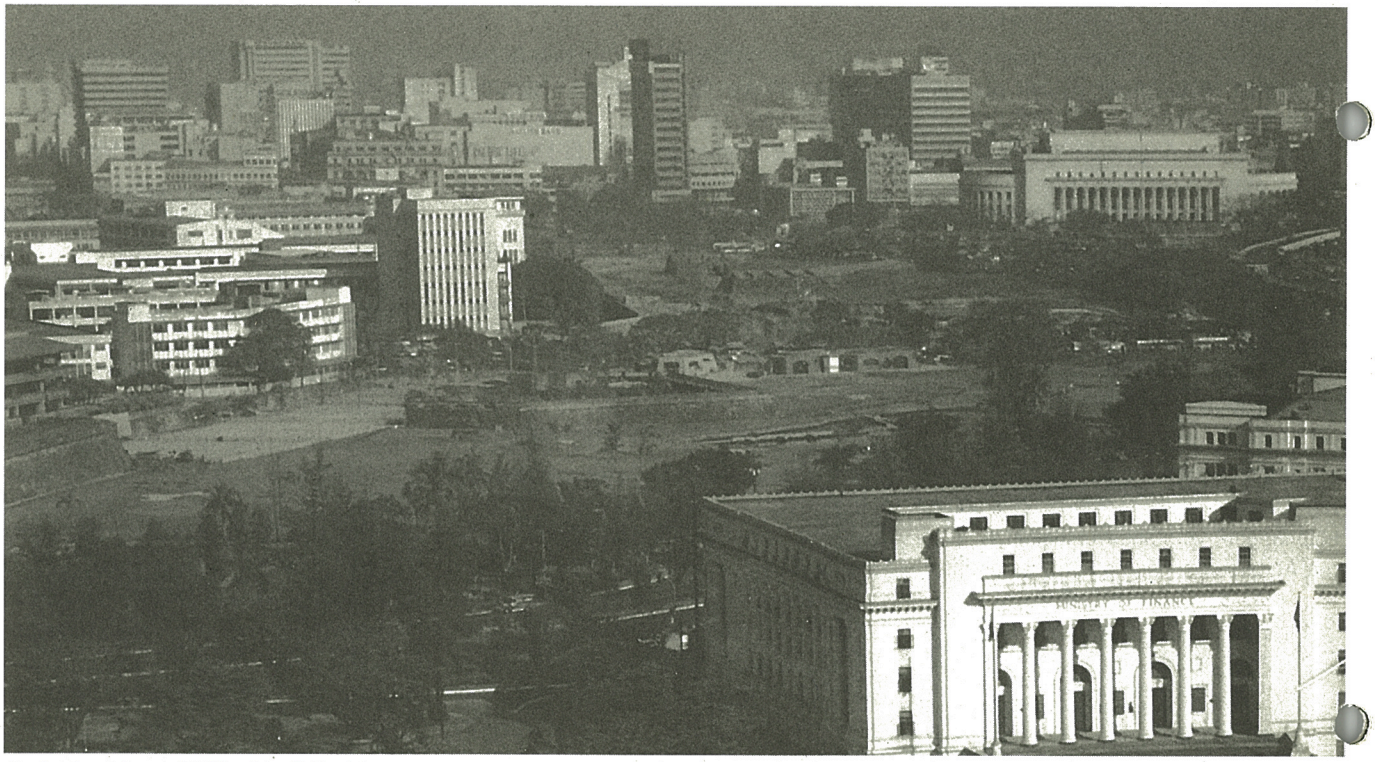
Gefängnis-Bericht von Diane Wilson

Acht Tage befand sich Diane Wilson im Gefängnis, bevor sie gegen Kaution freigelassen wurde. Gegenüber Stichwort BAYER schildert sie die Haftbedingungen: „Liebe Freunde, vielen Dank für Eure Unterstützung. Die Öffentlichkeitsarbeit war eine große Hilfe für mich - sogar der Richter sprach in dem Verfahren von der „großen Aufmerksamkeit im Ausland". Die Zeit im Gefängnis wurde hierdurch jedoch nicht leichter. Zunächst war ich in einer Sammelzelle (6 x 4,50 Meter), in der neun Frauen eingesperrt waren. Ich lag auf einer Matte auf dem Boden. An Schlaf war nicht zu denken - die meisten Frauen hatten psychische Probleme und schrien die ganze Nacht. Wegen meines Hungerstreiks galt ich als problematischer Fall und wurde am nächsten Tag in eine Einzelzelle von 3x1,50 m verlegt. Da ich keinen Ausgang und nichts zu lesen erhielt (alles was ich hatte waren Zahnbürste, Zahnpasta sowie ein Kamm), dämmerte ich den größten Teil des Tages auf der Pritsche. Auch hier herrschte ohrenbetäubender Lärm, da die meisten Mit-Häftlinge schrien oder lamentierten (....).

Solidaritätsbriefe leiten wir gerne an Diane weiter.
Bitte senden an: CBG, PF 150418, 40081 Düsseldorf

Entlassungen und gebrochene Tarifverträge

BAYER verletzt Gewerkschaftsrechte



Manila, Hauptsitz von BAYER auf den Philippinen

Die philippinische Gewerkschaft EMPLOYEES UNION OF BAYER PHILIPPINES wirft dem BAYER-Konzern vor, ArbeitnehmerInnen-Rechte zu missachten. Gewerkschaftsbeiträge wurden jahrelang nicht ausgezahlt, Gewerkschaftsvertreter Innen unter zweifelhaften Umständen entlassen. Deshalb haben die GewerkschaftlerInnen bei der OECD, in der die 28 wirtschaftskräftigsten Staaten der Welt organisiert sind, eine Beschwerde eingereicht. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN unterstützt ihren Protest.

Von Knut Henkel

Bei den Betriebswahlen im Sommer 2003 erhielt die EMPLOYEES UNION OF BAYER PHILIPPINES (EUBF) über 70 Prozent der Stimmen. Auch das Arbeitsministerium in Manila betrachtet die EUBF als legitime Vertreterin der ArbeitnehmerInnen. Das erkennt auch die philippinische BAYER-Tochter, BAYER PHILIPPINES, an, so Roland Ellmann, Pressesprecher der BAYER AG in Leverkusen.

Doch das war nicht immer so, erklärt Juanito Facundo. Der 55-jährige Gewerkschaftspräsident der EUBF wirft dem Management vor, die Reformed Employees Union of BAYER Philippines (REUBP),

Philippinen: auch die Arbeitsbedingungen sind exotisch

die mit der EUBF konkurriert, einseitig anerkannt zu haben. Die Unternehmensleitung habe mit der Gewerkschaft über Tarif-Verträge verhandelt, obwohl diese zum damaligen Zeitpunkt nicht beim philippinischen Arbeitsministerium registriert gewesen sei, so Facundo. Der Gewerkschaftspräsident verweist auf mehrere

Auch seine Entlassung am 4. Mai 2000 hat mit der Auseinandersetzung zwischen Unternehmensleitung und Gewerkschaft zu tun, vermutet Juanito Facundo

Gerichtsurteile: Demnach war die REUBP weder ordnungsgemäß beim Arbeitsministerium registriert noch ausreichend legitimiert. Sie verfügte nach Worten Facundos gerade über 26,8 Prozent der Stimmen der ArbeitnehmerInnen. Trotzdem habe das Unternehmen die REUBP anerkannt und mit ihr Tarifverhandlungen geführt, obwohl ein noch laufender Tarifvertrag mit der EUBP vereinbart worden war. Für Facundo ein klarer Bruch des geltenden Vertrages und der Arbeitsrechtsbestimmungen.

Das sieht BAYER-Pressesprecher Roland Ellmann ganz anders. Für ihn ist der Fall ein Streit zwischen zwei Gewerkschaften auf Kosten des Unternehmens. „Wir halten uns an die philippinischen Regeln und werden nicht in die Auseinandersetzung eingreifen", so Ellmann. Auch im Streit um die Auszahlung der Gewerkschaftsbeiträge sei seine Position klar: BAYER habe die Beiträge an die damals offiziell gewählte und anerkannte REUBP gezahlt. Diese Darstellung widerspricht allerdings den in der OECD-Beschwerde aufgeführten Urteilen der philippinischen Gerichte. So hat das Arbeitsgericht am 28. April 2003 eine Vollstreckungsverfügung erlassen, wonach BAYER PHILIPPINES die von August 1998 bis März 2003 ausstehenden Beiträge zu zahlen habe. Dagegen hat das Unternehmen Widerspruch eingelegt, wie aus der OECD-Beschwerde hervorgeht.

Zahlreiche weitere Verstöße gegen den Tarifvertrag sind in der Beschwerde erwähnt. So habe das Unternehmen die Übereinkommen zur Renten-Zahlung und medizinischen Versorgung der ArbeitnehmerInnen nicht wie vereinbart umgesetzt, Gespräche mit der EMPLOYEES UNION OF BAYER PHILIPPINES verweigert und sich in Angelegenheiten der Beschäftigten eingemischt. So wurde am 3. August 1998 ein Seminar über kommunistische Einflüsse in der Gewerkschaftsbewegung gesponsert, das der Gewerkschaft zufolge das Ziel gehabt habe, ihre Mitglieder zu entmutigen. „Der Gewerkschaftsbeitritt bringt den Mitgliedern nichts Gutes, da Lohn-Anhebungen und sonstige Vergünstigungen vom Unternehmen und nicht von der Arbeitnehmer-Vertretung kommen", das wollte die Unternehmensleitung der Belegschaft laut Beschwerde einreden.

Auch seine Entlassung am 4. Mai 2000 hat mit der Auseinandersetzung zwischen Unternehmensleitung und Gewerkschaft zu tun, vermutet Juanito Facundo. Nach fast 30 Jahren im Dienst der Firma wurde der Elektro-Ingenieur auf Grund einer betrieblichem Umstrukturierung entlassen, so die offizielle Version. Facundo erhielt seine Papiere von einem Tag auf den anderen und wurde anschließend gleich gemeinsam mit der EUBP-Schatzmeisterin Virginia Capada vom Fabrikgelände geführt, berichtete der *Philippine Daily Inquirer* damals.

Facundo hofft über die OECD-Beschwerde in der Bundesrepublik den Arbeitskonflikt zwischen der BAYER-Tochter und seiner Gewerkschaft endlich beilegen zu können. Eine vielleicht zu optimistische Position, denn die OECD-Kontaktstelle im Bundeswirtschaftsministerium kann nur vermitteln. Echte Sanktionsmittel stehen ihr genauso wenig zur Verfügung wie Personal für eigene Untersuchungen vor Ort.

Alarmierende Ergebnisse einer Feld-Studie

Gefährliche BAYER-Genpflanzen

Gen-Kritiker von GREEN PEACE bei der Arbeit

Das Jahr war geprägt von zähem Ringen um den richtigen Weg. Eine Lösung ist aber noch nicht in Sicht. Im Jahr 2003 hatte die Regierung von Großbritannien eine groß angelegte öffentliche Debatte über gentechnisch veränderte Pflanzen in der britischen Landwirtschaft durchgeführt. Außerdem sollte eine Reihe von Untersuchungen zum Thema veröffentlicht werden. Die so genannten Farm-Scale-Evaluations zu Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen auf die Biodiversität und Forschungen, die im Wesentlichen die Verbreitung der Gene untersuchen, sind nun vorgelegt worden.

Von Christof Potthof (GID)

Im Rahmen der Farm-Scale-Evaluations (FSE) wurden in ganz Großbritannien auf insgesamt 283 Flächen Tests mit den folgenden Herbizid-resistenten, gentechnisch veränderten Pflanzen durchgeführt: Sommer-Raps (BAYER), Winter-Raps (BAYER), Futter-Mais (BAYER), Zuckerrübe (MONSANTO) und Futterrübe (MONSANTO). Nach Angaben der Regierung wurden die Tests entwickelt, um eventuelle Unterschiede im Vorkommen von „farmland wildlife" (natürliche Arten auf landwirtschaftlichen Flächen) zu finden, die sich auf unterschiedliche Bewirtschaftungsweisen (mit und ohne gentechnisch veränderten Organismen) zurückführen lassen. Die Unterschiede zwischen den zwei Herbizid-Anwendungen stellen das Zentrum der Fragestellung dar (1).

Vier Untersuchungen wurden von der für die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und ihre Kontrolle zuständigen Behörde (DEFRA) initiiert: Drei betreffen unmittelbar das Thema Genfluss bei gentechnisch veränderten Organismen, die Vierte ermittelt den Einfluss des Managements im Betrieb auf die Natur (2).

Negative Ergebnisse

Die Nutzung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen kann einen negativen Effekt auf die Biodiversität der landwirtschaftlich genutzten Flächen Großbritanniens haben. Dies ist die zentrale Erkenntnis aus den Farm-scale-Evaluations, den aufwändigsten Untersuchungen, die weltweit bisher zum Thema „Gentechnik in der Landwirtschaft und ihren ökologischen Auswirkungen" durchgeführt worden sind. Dabei wurde auf eine möglichst repräsentative Auswahl von Versuchsflächen besonderer Wert gelegt. Das heißt: Die untersuchten Flächen sollten ein möglichst genaues Abbild der britischen Landwirtschaft abgeben, um so zu gewährleisten, dass die Ergebnisse bis zu einem gewissen Grad auf die gesamte Agrar-Wirtschaft übertragen werden können. Die Flächen wurden jeweils in der Mitte geteilt und zur Hälfte mit konventionellen Anbaumethoden und zur Hälfte mit gentechnisch veränderten Sorten bewirtschaftet.

Teufel oder Beelzebub

Bei dem Anbau von gentechnisch verändertem herbizid-resistenten Mais wirkte sich der Anbau positiver auf die Artenvielfalt aus als die zum Vergleich herangezogene Anbau-Variante mit konventionellem Mais, der mit dem Unkrautvernichtungsmittel Atrazin gespritzt wurde. Atrazin ist ein außergewöhnlich aggressives Mittel, das wegen seiner Giftigkeit nur noch für wenige Anwendungen zugelassen und in weiten Teilen Europas bereits vollständig verboten ist. Der gentechnisch veränderte Mais von BAYER CROPSCIENCE ist tolerant gegen das Unkrautvernichtungsmittel GLUFOSINAT. So ist der Vergleich dieser Anbau-Varianten von nur zweifelhaftem Wert und der Versuchsansatz selbst bereits fragwürdig. Im Übrigen gibt es eine Vielzahl von Berichten, nach denen die LandwirtInnen in den USA - trotz Gen-Pflanzen und entsprechenden Herbiziden - immer häufiger wieder Atrazin einsetzen, da sie mit der Wirkung der gentechnisch veränderten Sorten nicht zufrieden sind (3).

Studie: Die Nutzung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen kann einen negativen Effekt auf die Biodiversität der landwirtschaftlich genutzten Flächen Großbritanniens haben

Weltweit größte Untersuchung

Die Untersuchungen in Großbritannien gelten als die aufwändigsten ihrer Art weltweit. Auf fast dreihundert Flächen wurden über einen Zeitraum von vier Jahren die Auswirkungen des Anbaus von fünf gentechnisch veränderten Nutzpflanzen mit denen konventioneller Sorten ver- →

glichen. Nichtsdestotrotz bleiben viele Fragen offen. Diese Meinung vertritt auch eines der Biotechnologie-Beratungsgremien der britischen Regierung: Die „Agriculture and Environment Biotechnology Commission" meinte bereits im Jahre 2001, dass die FSE allein nicht ausreichen, um über die Kommerzialisierung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Großbritannien zu entscheiden. Denn das ist die Frage, die die verschiedenen Initiativen vereint: Sollen gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in Großbritannien auf den Markt oder nicht? Und: Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Die Untersuchungen zur Biodiversität wurden auf den Feldern und an den Feld-Rändern mit ihrer unmittelbaren Umgebung durchgeführt. Es wurden die Populationen von Unkräutern und die von wirbellosen Tieren (Käfern, Schmetterlinge und Bienen) aufgenommen. Auch wurde geprüft, wie sich das unterschiedliche Umgehen mit den Unkräutern auf die Samenbank im Boden auswirkt. Kurz

Der zusammenfassende Bericht stellt heraus: Die britische Bevölkerung hat große Zweifel an der Technologie, je mehr sich die Menschen mit ihr beschäftigen, desto mehr lehnen sie diese ab

zusammengefasst ergibt sich das folgende Bild: In den Versuchsjahren führte die Anbau-Variante mit gentechnisch veränderten herbizid-resistenten Raps- und Rüben-Sorten zu einer deutlichen Abnahme der Anzahl der Samen im Boden, was

GREENPEACE-Protest vor BAYER-Werk

änderten herbizid-resistenten Mais beobachtet werden (siehe oben). Die ForscherInnen beobachteten zwölf der in Großbritannien verbreitetsten Unkräuter. Der Abnahme der Samen-Zahl im Boden folgend wird, nach Einschätzung der WissenschaftlerInnen, die Anzahl der Unkräuter abnehmen, entsprechend werde es vermutlich weniger Insekten geben. Die Einschätzung des Koordinators der Untersuchung, Les Firbanks: „Die Ergebnisse (...) zeigen deutliche Unterschiede zwischen dem Anbau gentechnisch veränderter herbizid-resistenter Nutzpflanzen und den konventionellen Sorten. Die Studie

Großbritannien nur unter strengsten Auflagen, oder es wird massiven Gen-Fluss in die nicht gentechnisch veränderten Bestände geben, mit der Folge, dass die Grenzwerte der EU für die Verunreinigung mit gentechnisch verändertem Material nicht zu halten sind.

...und die Regierung?

Die Regierung von Tony Blair und insbesondere der Premierminister selbst gelten als (sehr) Biotechnologie-freundlich. Bis in den Sommer hieß es unentwegt, die Regierung plane die Kommerzialisierung fest ein, die Diskussionen und Untersu-

mit der Bekämpfung der Unkräuter im Untersuchungszeitraum zusammenhängt. Die mit Unkrautvernichtungsmitteln abgetöteten Pflanzen kommen nicht dazu, ihre Samen zu bilden, was eine Abnahme der Anzahl der Samen im Boden zur Folge hat. Der gegenteilige Effekt konnte bei dem gentechnisch ver-

zeigt die Bedeutung der Unkräuter zwischen den Nutzpflanzen für die Lebensgemeinschaften in den Feldern."

Die weiteren Untersuchungen zum Gen-Fluss zeigen vor allem eines: Der Anbau von gentechnisch verändertem Raps und seinen verwandten Sorten (Rüben, Kohlsorten...) funktioniert in

chungen seien nur Teil der Strategie, die gentechnisch veränderten Sorten auf den Markt zu bringen. Mittlerweile kann gelegentlich auch Gegenteiliges vernommen werden. Nachdem ein Bericht zu den ökonomischen Auswirkungen der Kommerzialisierung von gentechnisch veränderten Nutz-Pflanzen keine besonderen Hoffnun-

Die Bevölkerung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass sie die Gentechnologie in Land- und Lebensmittelwirtschaft nicht will. An der öffentlichen Diskusssion im Sommer partizipierten weit mehr Menschen, als erwartet worden war, und mehr als 35.000 von ihnen beteiligten sich auch schriftlich mit Eingaben. Der zusammenfassende Bericht stellt heraus: Die britische Bevölkerung hat große Zweifel an der Technologie, je mehr sich die Menschen mit ihr beschäftigen, desto mehr lehnen sie diese ab, sie wollen, dass mehr Untersuchungen gemacht werden. Ob diese Forschung alle Fragen zu klären vermag?

gen auf positive Effekte wecken konnte, soll dem Premier von seinem Berater-Stab eine zurückhaltendere Politik empfohlen worden sein. Blair selbst wird mit den Worten zitiert: „Die Regierung hat keine eigenen Interessen, weder in die eine noch in die andere Richtung", nur versuche sie, so Blair weiter, „das Richtige zu tun." Eine Aussage, die zunächst relativ viel Interpretationsspielraum lässt. Doch kann es der Regierungschef scheinbar nicht lassen, die möglichen positiven - auch wirtschaftlichen - Erwartungen weiter zu verfolgen, trotz des genannten Berichtes. Ein „verzweifelter Offizieller" wird mit der Ansicht zitiert, dass Blair möglicherweise nicht zwischen der Biotechnologie insgesamt und der Agrar-Gentechnologie unterscheiden könne; in letzterer arbeiteten zum Beispiel nur etwas mehr als 1.000 Menschen in ganz Großbritannien.

Christof Potthof ist Mitarbeiter des Gen-ethischen Netzwerkes im Bereich Gentechnologie in der Landwirtschaft.

Fußnoten:

(1) die Ergebnisse der acht Untersuchungen unter www.pubs.royalsoc.ac.uk)

(2) die Ergebnisse der vier Untersuchungen unter www.defra.gov.uk).

(3) Siehe auch Christof Potthof: Hilft die Gentechnik? Gen-ethischer Informationsdienst (GID) 154.

ABONNIEREN SIE JETZT!

STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

C O U P O N

❑ Ich/wir abonnien für ..... € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

❑ Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-SoliFonds ..... €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank

Kontonr.

BLZ

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift Alter

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

CBG
Coordination gegen BAYER-Gefahren/CBG
Coordinación contra los peligros de BAYER
Coordination against BAYER Dangers
Coordination contre les méfaits de BAYER

Trotz Fonds: KZ-Opfer verklagt BAYER

„Ich werde sie niemals vergessen"

Foto: Jan Braunholz

das Konzentrationslager Auschzwitz

Als einer der wenigen hat Simon Rozenkier die grausamen medizinischen Experimente in den Konzentrationslagern überlebt. Aber er ist ohne direkte Nachkommen geblieben. Sterilisationspräparate von BAYER haben ihn unfruchtbar gemacht. Die pauschal festgesetzte Summe von 8.000 Dollar, die ihm der Entschädigungsfonds der bundesdeutschen Wirtschaft für sein Leid zugedacht hatte, empfand der 75-Jährige als blanken Hohn. Er verklagte den Leverkusener Chemie-Multi direkt.

Von Jan Pehrke

„Ich werde sie niemals vergessen." Das sagt der in Polen geborene KZ-Überlebende Simon Rozenkier über die wegen ihrer Filzhüte „Cowboys" genannten BAYER-Forscher, die regelmäßig ins KZ kamen, um über den Fortgang der Experimente mit ihren Labor-Erzeugnissen zu wachen. „Diese Spritze wird deinen Muskeln zu arbeiten geben. Verstehst du das, du rothaariger Hund?", so leitete der NS-Arzt Horst Schumann die wochenlange Tortur ein. „Man sagte mir, ich bekäme Vitamine zur Stärkung gespritzt. Ich kann den Schmerz, die Blutungen und das Leiden nicht beschreiben. Ich wusste nicht, was sie genau taten, aber die Cowboys kamen fast jeden Tag, sahen bei der Gabe neuer Injektionen zu, untersuchten mich dann und machten sich Notizen. Ich war ihr Versuchskaninchen", schreibt der 75-Jährige in einem autobiographischen Text.

Vorher hatten die Nazi-Mediziner ihn und andere mit Röntgen-Strahlen behandelt. Aber diese verursachten so starke Nebenwirkungen, dass die Häftlinge nicht mehr zur Arbeit zu gebrauchen waren. So fanden die BAYER-Wissenschaftler mit einem Sterilisationsmittel zum Spritzen schließlich eine Lösung, das Aussterben der Juden auf pharmazeutischem Wege zu befördern und so dem Rassenwahn der Faschisten zu dienen.

EILAKTION

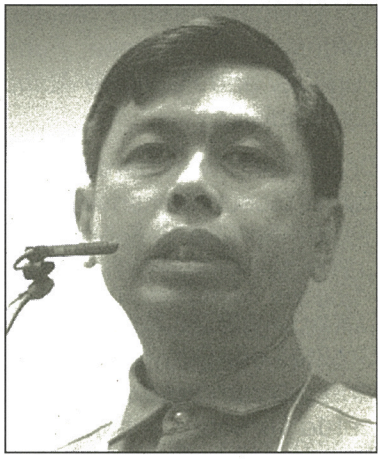
CBG

Coordination gegen BAYER-Gefahren / CBG
Coordinación contra los peligros de BAYER
Coordination against BAYER Dangers
Coordination contre les méfaits de BAYER

Der Fall Dr. Quijano:

Hände weg von Dr. Quijano & seiner Familie!

Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit!



Dr. Romy Quijano ist Arzt und Toxikologe, er lehrt Pharmakologie an der Universität von Manila. Seit rund 20 Jahren arbeitet er zu Gesundheitsrisiken von Pestiziden. Er ist Vorsitzender der philippinischen Sektion des *Pesticide Action-Network* (PAN) und gehört zu den Leitern des *International POPs Elimination Network* (IPEN), einem Zusammenschluss von 300 Umweltorganisationen aus aller Welt. Seit vielen Jahren kooperiert er mit dem internationalen Netzwerk der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* (CBG).

Seit 1997 hat Dr. Quijano in Zusammenarbeit mit der CBG eine Reihe von Untersuchungen in dem Dorf Kamukhaan auf der philippinischen Insel Mindanao vorgenommen. In unmittelbarer Nachbarschaft des Dorfs befindet sich eine große Bananenplantage in Besitz des Unternehmens LADECO. Auf der Plantage werden in großem Umfang Pestizide eingesetzt, darunter das von der Weltgesundheitsorganisation als "extrem gefährlich" klassifizierte BAYER-Pestizid Nemacur. Sowohl bei den Arbeitern der Plantage als auch in der benachbarten Gemeinde trat eine hohe Zahl von Vergiftungs- und Todesfällen auf. Auch die umliegenden Felder und Gewässer sind stark vergiftet. Im März 2000 veröffentlichte Dr. Quijano die Ergebnisse gemeinsam mit seiner an den Recherchen beteiligten Tochter Ilang-Ilang Quijano unter dem Titel "Poisoned Lives" in der Tageszeitung *Philippine Post*. Verschiedene internationale Medien berichteten über den Fall.

Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* machte den Fall in Deutschland und international bekannt und forderte den BAYER-Konzern auf, für Abhilfe zu sorgen. Ein Übersichtsartikel von uns erschien in mehreren deutschen Zeitungen sowie in unserem Magazin "Stichwort BAYER". Außerdem machten wir deutsche Regierungsstellen auf den Fall aufmerksam und forderten auf der BAYER-Hauptversammlung einen Verkaufs-Stopp von Nemacur sowie eine Entschädigung der Vergiftungsopfer in Kamukhaan. Auch auf den letzten beiden Kirchentagen präsentierten wir die Rechercheergebnisse. Die *Solidarische Kirche im Rheinland* und viele andere Organisationen griffen den Fall auf und unterstützten uns in unseren Bemühungen, zusammen mit Dr. Quijano die Gefahrensituation in Kamukhaan zu beheben, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und für die Opfer Entschädigungen durchzusetzen.

Die Gegenseite reagiert mit Repression. Anwälte des Unternehmens LADECO, welches 40 Plantagen im ganzen Land besitzt und größter philippinischer Produzent von Südfrüchten ist, reichten nach der Veröffentlichung der Artikel gegen Dr. Quijano und seine Tochter eine Strafanzeige wegen Verleumdung sowie eine Schadensersatz-Klage (über 11 Mio Philippinische Peso) ein. Die strafbewehrte Klage wurde im Frühjahr 2001 vom Gericht in Davao City/ Mindanao abgewiesen, da die Veröffentlichung der Recherchen von "öffentlichem Interesse" sei.

Im Sommer 2003 wurde diese Klage jedoch überraschend wieder aufgegriffen und am 4. Juli 2003 entschied das philippinische Justizministerium, die Abweisung der Klage aufzuheben. Zwar wurde Dr. Quijanos Anwalt mitgeteilt, dass kein Haftbefehl vorliege. Dennoch wurde Romy Quijano am 8. September verhaftet und erst

weiter auf der Rückseite / bitte wenden >>>

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. / CBG
Postfach 15 04 18 • 40081 Düsseldorf
Fon (0)211 - 33 39 11 • Fax (0)211 - 33 39 40
eMail CBGnetwork@aol.com
Internet www.CBGnetwork.org

Ökobank Frankfurt
Konto 17 96 12 • BLZ 500 901 00
Postbank Essen
Konto 37 83 83 439 • BLZ 360 100 43
USt-Id-Nr. DE 121241293

Beirat

Dr. Erika Abczynski /Kinderärztin/Dormagen
Eva Bulling-Schröter /ehem. MdB/Ingolstadt
Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln
Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld
Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen
Prof. Dr. Jürgen Rochlitz /Chemiker/Burgwald
Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin
Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Neubeuern
Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg († 2003)

nach Zahlung einer Kaution wieder freigelassen. Neben Quijano sind auch seine Tochter sowie vier weitere Journalisten, die den Fall verbreitet hatten, angeklagt.

Der Hintergrund dieses Verfahrens ist politischer Natur: LADECO befindet sich in Besitz der Familie Lorenzo, einer der wohlhabendsten Familien des Landes. Luis Lorenzo Jr., Besitzer der Firma und seit langem Berater der philippinischen Präsidentin Gloria Arroyo, ist im Oktober 2002 zum Landwirtschaftsminister des Landes aufgestiegen. In dieser Funktion leitet Lorenzo ausgerechnet die philippinische Pestizid-Regulierungsbehörde *Fertilizer and Pesticide Authority*. Die ungewöhnliche Wendung des Falls erfolgte kurz nach Lorenzos Ernennung zum Minister.

Dr. Quijano wird bereits seit Jahren juristisch unter Druck gesetzt. Nachdem Dr. Quijano zu Beginn der 90-er Jahre Gesundheitsrisiken des Pestizids Endosulfan veröffentlicht hatte, klagte die deutsche Firma Hoechst gegen ihn und verlangte 22 Millionen Peso Schadenersatz. Die Klage wurde abgewiesen, Endosulfan wurde kurze Zeit später in den Philippinen verboten.

Doch LADECO belässt es nicht bei juristischen Einschüchterungsversuchen: im Ort Kamukhaan wurde der Großteil der Einwohner mit Hilfe von Drohungen und Geldgeschenken dazu gebracht, alle gegenüber Dr. Quijano gemachten Aussagen zurückzuziehen (diese befinden sich aber auf Video). Allen Arbeitern der Plantage wurde verboten, mit ihm in Kontakt zu treten. Außerdem wurden Dorfbewohner dazu gebracht, Todesdrohungen gegen Quijano und seine Helfer auszusprechen. In Teilen Mindanaos herrscht Bürgerkrieg und es gibt eine große Zahl von Gewaltverbrechen, weswegen diese Drohungen ernst zu nehmen sind - zwei Mitglieder einer lokalen Bürgerinitiative, mit denen Quijano die Untersuchungen durchgeführt hatten, verließen daraufhin den Ort.

Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* unterstützt Dr. Romy Quijano und organisiert Solidarität und Unterstützung. In einem ersten Schritt haben wir 1.000 € für die Anwaltsgebühren gespendet und einen schriftlichen Appell an die philippinische Präsidentin gerichtet. Außerdem haben wir gemeinsam mit philippinischen und internationalen Gruppen eine Solidaritätskampagne gestartet. Diese zeitigte bereits einen ersten Erfolg: die umstrittene strafbewehrte Klage wurde von der Firma LADECO zurück gezogen. Die Zivilklage auf Schadensersatz sowie weitere Ermittlungen wegen "Missachtung des Gerichts" laufen jedoch weiter, ganz abgesehen von der bedrohlichen Situation in Kamukhaan.

Besonders bedauerlich ist, dass die *Evangelische Kirche im Rheinland*, die zusammen mit Dr. Quijano zum Fall Kamukhaan ein Projekt durchführen wollte, gerade in dem Moment das Projekt abblies, als die Lage sich auf den Philippinen bedrohlich zuspitzte. Inwieweit das bekanntermaßen enge und gute Verhältnis zum BAYER-Konzern die Entscheidung beeinflusste, liegt im Dunklen.

Handeln Sie bitte jetzt!

Nutzen Sie die drei Musterbriefe. Setzen Sie das Absendedatum und Ihren Absender ein, unterzeichnen Sie und schicken Sie die Briefe an die angegebenen Adressen. Falls Ihnen ein Fax zur Verfügung steht, faxen Sie die Briefe ruhig zusätzlich.

Spenden Sie bitte für die Solidaritätskampagne unter dem Stichwort „Quijano“. Bedenken Sie, wir sind darauf angewiesen. Ohne finanzielle Unterstützung durch Spenden (und Mitgliedschaften) können wir unsere konzernkritische Arbeit nicht leisten.

GLS-Bank 8016 533 000, BLZ 430 609 67

Informieren Sie uns über eventuell bei Ihnen eingehende Reaktionen möglichst umgehend.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der CBG www.CBGnetwork.org.

Außenminister Joschka Fischer
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

per Fax 030-5000-3402

Sehr geehrter Herr Fischer,

aus den Philippinen erreicht mich die Nachricht, dass Dr. Romy Quijano seitens philippinischer Regierungsvertreter juristischen Attacken ausgesetzt ist. Dr. Quijano ist Arzt und lehrt Pharmakologie und Toxikologie an der Universität Manila. Seit rund 20 Jahren arbeitet er u.a. zu Gesundheitsrisiken von Pestiziden. Er ist Vorsitzender der philippinischen Sektion des *Pesticide Action-Network* (PAN) und gehört zu den Leitern des *International POPs Elimination Network* (IPEN), einem Zusammenschluss von 300 Umweltorganisationen aus aller Welt. Zudem ist er NGO-Repräsentant im *Intergovernmental Forum on Chemical Safety*, dem mehr als 100 Regierungen angehören.

Seit 1997 hat Dr. Quijano eine Reihe von Untersuchungen in dem Dorf Kamukhaan auf Mindanao vorgenommen. In unmittelbarer Nachbarschaft des Dorfs befindet sich eine große Bananenplantage in Besitz der *Lapanday Agricultural Development Corporation* (Ladeco), auf der in großem Umfang Pestizide eingesetzt werden, darunter Wirkstoffe, die von der Weltgesundheitsorganisation als „extrem gefährlich" klassifiziert werden (z.B. das Produkt *Nemacur* der deutschen Bayer AG). Sowohl bei den Arbeitern als auch in der benachbarten Gemeinde trat eine hohe Zahl von Vergiftungsfällen auf. Auch die umliegenden Felder und Gewässer sind stark vergiftet. Im März 2000 veröffentlichte Dr. Quijano die Ergebnisse gemeinsam mit seiner an den Recherchen beteiligten Tochter Ilang-Ilang Quijano unter dem Titel *Poisoned Lives* in der *Philippine Post*. Auch der philippinische Fernsehsender ABS-CBN sowie mehrere internationale Medien berichteten über den Fall.

Die Firma Ladeco ist mit 40 Plantagen im ganzen Land der größte philippinische Produzent und Exporteur von Südfrüchten. Anwälte des Unternehmens reichten im August 2000 Strafanzeige wegen Verleumdung gegen Dr. Quijano und seine Tochter sowie vier Journalisten ein. Die Klage wurde im Frühjahr 2001 vom Gericht in Davao City/Mindanao abgewiesen, da die Veröffentlichung der Recherchen von „öffentlichem Interesse" sei.

Ladeco befindet sich in Besitz der Familie Lorenzo, einer der wohlhabendsten Familien des Landes. Eine politische Wendung erhält der Fall dadurch, dass Luis Lorenzo Jr., seit langem Beraterin von Präsidentin Gloria Arroyo, im Oktober 2002 zum Landwirtschaftsminister aufgestiegen ist. In dieser Funktion leitet Lorenzo auch die philippinische Pestizid-Regulierungsbehörde *Fertilizer and Pesticide Authority*. Kurz nach der Übernahme seiner neuen Funktionen entschied das philippinische Justizministerium überraschend, die Abweisung der strafrechtlichen Klage durch das Gericht in Davao City aufzuheben und den Fall neu zu verhandeln. Dr. Quijanos Anwalt wurde mitgeteilt, dass kein Haftbefehl vorliege - dennoch wurde Romy Quijano am 8. September 2003 verhaftet und erst nach Zahlung einer Kaution wieder freigelassen. Der Haftbefehl bezog sich auch auf die mitangeklagten Journalisten, wurde jedoch nur bei Dr. Quijano vollstreckt.

Ich möchte Sie zunächst auf diesen groben Fall von Unterdrückung wissenschaftlicher und journalistischer Arbeit hinweisen. Weiterhin möchte ich Sie bitten, alle Institutionen, mit denen Sie auf den Philippinen kooperieren, auf den Fall aufmerksam zu machen, sowie bei der philippinischen Regierung gegen die Kriminalisierung unabhängiger Umweltschützer zu protestieren und eine sofortige Einstellung des (offenbar politisch gewollten) Verfahrens zu fordern.

Für eine möglichst umgehende Antwort wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Secretary LUIS P. LORENZO, JR
Department of Agriculture
Elliptical Road, Diliman
Quezon City
Philippines

per Fax 0063 – 2 - 926 6426

Immediately withdraw all suits against Dr. Romeo Quijano

Dear Secretary Lorenzo,

we are writing to urge you to withdraw the 5.5 million Philippine peso damage suit that Lapanday Agricultural and Development Corporation (LADECO) has filed against prominent health activist Dr. Romeo Quijano and his daughter, journalist Ilang-Ilang Quijano.

We also urgently request that the Regional Trial Court dismiss the libel case against the Quijanos, which is clearly an attempt to suppress the facts and evade accountability for the damage caused by LADECO's use of pesticides in Kamukhaan.

The charges in the case concern articles the Quijanos authored in the *Philippine Daily Inquirer* and *The Philippine Post* two years ago which were also published here in Germany. The Quijanos reported on long term pesticide poisoning of 150 families in a village in Mindanao where pesticides were sprayed on a LADECO banana plantation. The villagers in Kamukhaan experienced a range of symptoms consistent with pesticide poisoning, and several deaths were attributed to the persistent ground and aerial spraying that has occurred since the early 1980's. Hazardous pesticides such as *Dithane, Baycor, Furadan, Decis, Nemacur* and *Gramoxone* have also polluted the soil and the sea, killing trees, crops, animals and fish and destroying the livelihood of farmers and fishermen. Workers of the plantation are also reportedly being paid very low wages and being subjected to hazardous working conditions.

We managed to raise concern in the German public about the situation in Philippinian plantations. Many papers here reported on the issue. The Quijanos should not be silenced or intimidated by unjust libel suits for revealing the effects of pesticides in Kamukhaan. Agro-chemical companies such as LADECO must be held accountable for the harm caused by their use of pesticides.

In anticipation of your response,

Yours sincerely

President Gloria Macapagal-Arroyo
Malacañang Palace
JP Laurel Street, San Miguel
Manila 1005
Philippines

per Fax 0063 – 2 - 736 1010

Calling for Philippine Agriculture Sec. Luis Lorenzo to immediately withdraw all suits against Dr. Romeo Quijano

Dear President Macapagal-Arroyo,

we are writing to urge Luis "Cito" Lorenzo Jr., to withdraw the 5.5 million Philippine peso damage suit that Lapanday Agricultural and Development Corporation (LADECO) has filed against prominent health activist Dr. Romeo Quijano and his daughter, journalist Ilang-Ilang Quijano.

We also urgently request that the Regional Trial Court dismiss the libel case against the Quijanos, which is clearly an attempt to suppress the facts and evade accountability for the damage caused by LADECO's use of pesticides in Kamukhaan.

The charges in the case concern articles the Quijanos authored in the *Philippine Daily Inquirer* and *The Philippine Post* two years ago which were also published here in Germany. The Quijanos reported on long term pesticide poisoning of 150 families in a village in Mindanao where pesticides were sprayed on a LADECO banana plantation. The villagers in Kamukhaan experienced a range of symptoms consistent with pesticide poisoning, and several deaths were attributed to the persistent ground and aerial spraying that has occurred since the early 1980's. Hazardous pesticides such as *Dithane, Baycor, Furadan, Decis, Nemacur* and *Gramoxone* have also polluted the soil and the sea, killing trees, crops, animals and fish and destroying the livelihood of farmers and fishermen. Workers of the plantation are also reportedly being paid very low wages and being subjected to hazardous working conditions.

We managed to raise concern in the German public about the situation in Philippinian plantations. Many papers reported on the issue. The Quijanos should not be silenced or intimidated by unjust libel suits for revealing the effects of pesticides in Kamukhaan. Agro-chemical companies such as LADECO should be held accountable for the harm caused by their use of pesticides.

In anticipation of your response,

Yours sincerely

Aber nicht nur aufgrund dieser Menschenversuche war das Leiden des Polen in Birkenau und Auschwitz unauflöslich mit dem Namen BAYER bzw. dem des von BAYER mitgegründeten Mörder-Konzerns IG FARBEN verknüpft. Nachdem Rozenkier sich von Tests mit einem Typhus-Erreger erholt hatte, musste er als Zwangsarbeiter das IG-Werk Monowitz bei Auschwitz mit aufbauen. Unerträgliche Zustände herrschten dort. Den ganzen Tag über bekamen die KZ-Insassen nicht mehr als eine spärlich bemessene Ration Suppe zu

Foto: Jan Braunholz

essen. Wer zu langsam arbeitete, wurde geschlagen oder gleich erschossen - ganz wie es den Aufsehern gerade beliebte. Viele ertrugen dieses Leben nicht und warfen sich in dem unter Strom stehenden Zaun, der die Baustelle umgab. All dies geschah unter den Augen der IG-Oberen. „Ich sah auch Zivilisten von den IG FARBEN herumgehen, die die Baustelle inspizierten und die Arbeitsmannschaften kontrollierten. Sie sahen, wie die Soldaten uns schlugen und wie wir langsam verhungerten - und taten nichts, um dem Einhalt zu gebieten", erinnert sich das KZ-Opfer. Auch zur Errichtung des BAYER-Werkes in Javozno zogen ihn die Nazis als Sklaven-Arbeiter heran.

Diese und andere Strapazen überstand Simon Rozenkier nur durch Zufall, dank seiner selbstlosen Schwester und - paradoxerweise - aufgrund der abstrusen Rassen-Theorie des berühmt-berüchtigten Dr. Josef Mengele. Als er bei einem Arbeitseinsatz eine polnische Familie um Kartoffeln anbettelte, wollten die Soldaten ihn schon aufhängen. Aber seine Schwester erlöste ihn, indem sie ihren Körper dem Begehren eines NS-Kommandanten auslieferte. Noch über 50 Jahre danach brach Rozenkier beim Erzählen dieser Begebenheit im Verlauf eines Interviews mit der *New York Times* in Tränen aus. Mengeles Aufmerksamkeit erregte der jüdische Häftling durch seine blauen Augen und roten Haare. Das war im Rasse-Atlas der Nazis nicht vorgesehen, weshalb er für einige Zeit zum begehrten Studien-Objekt Mengeles wurde. Auch den „Todesmarsch", die mörderische Aktion der Nazis, angesichts der näher rückenden Allierten das KZ Auschwitz zu räumen und die Gefangenen nach Buchenwald zu verbringen, überlebte der Junge.

Nach dem Krieg emigrierte Rozenkier in die USA. 1953 heiratete er. Nun wollte er das Gelöbnis erfüllen, das sich er und sein Bruder gegeben hatten. Angesichts des Verlustes ihrer Angehörigen schworen sie sich, für eine reiche Nachkommenschaft zu sorgen - die jüdische Antwort an die Adresse derer, die versucht haben, uns zu vernichten, wie Simon Rozenkier schreibt.

Aber die Ehe blieb kinderlos. Dem Mann ging irgendwann auf, dass das mit medizinischen Versuchen im KZ zu tun haben könnte. Er suchte das bundesdeutsche Konsulat in New York auf. Dort prüfte man seinen Fall und verwies ihn an einen deutschen Arzt. Der eröffnete ihm dann, er sei im Krieg ein hochrangiger SS-Mann gewesen. Rozenkier erstarrte vor Schreck. Nur weil seine Frau auch nachts nicht von seiner Seite wich, brach er die Untersuchung nicht ab. Von den Ergebnissen erfuhr der KZ-Überlebende lange Zeit nichts. Erst mehr als 45 Jahre später brachten Anwälte das bundesdeutsche Finanzministerium dazu, die Unterlagen herauszugeben. Sie bestätigten Rozenkiers grausamen Verdacht. Jetzt hatte er Gewissheit darüber, wer ihm nicht nur im KZ, sondern noch weit darüber hinaus so viel Leid zugefügt hatte: BAYER und SCHERING. Mit der pauschal festgelegten 8.000 $ - Kompensation des anonym-abstrakten „Entschädigungs"-Joint Ventures" bundesdeutscher Firmen wollte er sich nicht abfinden. Er verklagte BAYER und SCHERING direkt, um genaue Aufklärung über die medizinischen Versuche zu erlangen, die Namen der getesteten Präparate zu erfahren und die Konzerne für ihre Schuld einzeln zur Rechenschaft

„Ich kann den Schmerz, die Blutungen und das Leiden nicht beschreiben"

zu ziehen. Über die Höhe des Schadensersatzes sollten dann die Richter befinden.

Diese Klage stellte die Grundlage des Entschädigungsfonds in Frage, der weiteres gerichtliches Vorgehen gegen bundesdeutsche Unternehmen eigentlich ausschloss. Aber Rozenkiers Anwalt sieht das als berechtigt an, weil die deutsche Seite ihren vertraglich zugesicherten Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, die unter anderem eine individuelle Prüfung jeden Falles vorgesehen hätten. „Jeder empfindet Mitgefühl mit dem Kläger", sagt der BAYER-Anwalt Roger Witten diplomatisch, bleibt in Sache aber hart. „Die US-amerikanische Seite hat den bundesdeutschen Firmen Rechtsfrieden zugesichert. Diese Sache hinter sich zu lassen, war nicht nur im Interesse der betreffenen deutschen Unternehmen und des Landes, sondern auch im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten", so Witten. Der an den Verhandlungen um den Fonds beteiligte Stuart E. Eizenstat pflichtete dem ebenso bei wie die Bush-Administration. Diese empfahl dem Gericht in New Jersey, das Verfahren einzustellen.

Warum sie das tat, war Simon Rozenkier solange unklar, bis er von den Geschäften der Vorfahren George W. Bushs mit den IG FARBEN und anderen NS-Firmen erfuhr. „Ich wusste lange nicht, dass Prescott Bush, der Großvater Präsident Bushs', an der Wall Street mit dem Verkaufen deutscher Kriegsanleihen und mit der Verschleierung deutscher Unternehmensbeteiligungen an US-Konzernen Geld machte. Jetzt verstehe ich, warum die Bush-Administration den Richter drängt, meinen Fall einzustellen. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm", schreibt Rozenkier.

Wem gehören die 2,2 Milliarden der schweizer Bank UBS?

Das Geld der IG FARBEN

Rede von Peter Gingold am 10. November 2003 nachdem die Liquidatoren der IG FARBEN i. A. auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main ihre Insolvenz verkündet haben.*

Von Peter Gingold

Auf einem Konto der schweizer Bank UBS liegen 2,2 Milliarden Euro der IG FARBEN. Dieses Geld gehört den Angehörigen der Opfer des Chemiekonzerns. Doch nun wollen die AktionärInnen der bankrotten „IG-Farben in Abwicklung" mit einem fragwürdigen US-Anwalt an das Konto ran.

Der weltgrößte Chemiekonzern IG FARBEN war einer der Hauptverursacher und Hauptnutznießer von Faschismus und Krieg. Er vereinnahmte alle Chemiebetriebe der eroberten Länder und erzielte riesige Gewinne während des Krieges. Diese Gewinne wurden mit Schweiß und Blut von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und von Auschwitzhäftlingen, die als ArbeitssklavInnen eingesetzt worden waren, erwirtschaftet. 30 000 Menschen wurden allein im IG-Farben-Werk Monowitz in der Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch Arbeit vernichtet. Mit der wachsenden Ungewissheit über den Ausgang des Krieges schmuggelten die IG FARBEN, wie auch viele andere deutsche Großunternehmen, ihr Vermögen ins Ausland. Vor allem in die Schweiz.

IG FARBEN schaffte Vermögen in die Schweiz

Dort besaß die IG FARBEN mit dem Basler Finanzinstitut IG-CHEMIE bereits seit 1929 eine eigene Bank als Schweizer Tochtergesellschaft. Bei Ende ihres verlorenen Krieges lagen auf dem Konto in der Schweiz soviel Valuten, dass sie später 4,4 Milliarden DM ausmachten. Um dieses Vermögen vor der Beschlagnahme zu sichern, war das Finanzinstitut als schweizer Besitz deklariert worden, in dem es einen neuen Namen erhielt: „FINANZINSTITUT INTERHANDEL". Die US-Behörde erkannte das Ganze schnell als Tarn-Manöver und blockierte das Bankguthaben. Sie versuchte alles ins Ausland gebrachtes deutsches Vermögen aufzuspüren. Damals war das Fluchtgeld auf sieben Milliarden Dollar geschätzt worden. Der Kontrollratsbeschluss Nr. 5 vom 30. Oktober 1945 ordnete an: „Das deutsche Auslandvermögen wird beschlagnahmt für Reparations- und Wiedergutmachungsleistung an die von den Nazis am meisten getroffenen Volks- und Gesellschaftsgruppen". Dieser Beschluss gibt eine eindeutige Antwort auf die Frage, wem eigentlich dieses Vermögen gehört. 1958 ging „INTERHANDEL" in die damalige schweizer Bank SBG auf, die heute den Namen UBS trägt.

Der Chemiekonzern IG FARBEN war kurz nach dem Krieg durch Beschluss des Kontrollrats der Alliierten aufgelöst worden. Ihre Direktoren wurden wegen Vorbereitung eines Aggressionskrieges, Plünderung, Sklaverei und Massenmord angeklagt. 1952 wurde die Abwicklungsgesellschaft der IG-Farben gegründet, um mit dem ihr verbliebenen Restvermögen von mehreren hundert Millionen DM vor allem die Opfer des Konzerns zu entschädigen. Ende der fünfziger Jahre waren 30 Millionen DM an die Cleans-Conferenz, eine jüdische Einrichtung zur Verteilung der Gelder an die Opfer, überwiesen worden. Damit sei alles abgegolten, hieß es. Auf diese Zahlung haben sich die Liquidatoren der IG FARBEN immer wieder bezogen, wenn Auschwitz-Überlebende forderten, dass alles Vermögen den Opfern gehört.

Es ist ein zum Himmel schreiender Skandal, dass die Aktionäre mit den Geldern, die den Opfern gehören, spekulieren und sich erneut daran bereichern

Foto: Sven Ehlers

Rechnet man die Zahlung dieser 30 Millionen DM auf die 30.000 durch Arbeit vernichteten um, wären das nicht einmal Tausend DM pro Person als „Wiedergutmachungsleistung". Und was ist mit den eineinhalb Million in den Gaskammern von Auschwitz Ermordeten - darunter fast alle meine Verwandten - wofür die IG FARBEN das Zyklon B lieferte? Und die etwa 80.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der IG FARBEN? Alles abgegolten? Es ist ein zum Himmel schreiender Skandal, dass die Aktionäre mit den Geldern, die den Opfern gehören, spekulieren und sich erneut daran bereichern. Die Liquidationsgesellschaft, die sich zu diesem Zweck unendlich liquidiert, verhöhnt die Opfer. Dieser Skandal wird von den verantwortlichen Politikern trotz der Proteste von Überlebenden und Antifaschistinnen und Antifaschisten ignoriert. Das ist und bleibt ein Schande für dieses Land.

Die Aktien haben den zutreffenden Namen „Liquidations-Anteilschein". Anteil nämlich an der Liquidierung von eineinhalb Millionen Menschen. In den Protestaktionen anlässlich der Hauptversammlung haben wir den AktionärInnen stets entgegengehalten wie viel Blut an den Aktien klebt, mit denen sie spekulieren.

Diese Aktien waren sehr begehrt, obwohl sie nur einen geringen Kurswert von sieben oder acht DM hatten, denn man spekulierte auf das beschlagnahmte riesige Vermögen der IG FARBEN, das eines Tages wieder freigegeben werden könnte. Zu dem Vermögen gehören umfangreiche Grundstücke in der ehemaligen DDR, zum Beispiel das Gelände der Leuna-Werke und Filet-Grundstücke in Berlin, Leipzig und Dresden, für deren Freigabe die Gesellschaft Prozesse führte. Jedes mal, wenn die Hoffnung wuchs, wie zum Beispiel 1989, endlich an die Grundstück im Osten zu kommen, schnell- →

Geldanlage mit Erfolg und Wirkung

Für eine lebens-
werte Zukunft

UMWELT FONDS
LEBEN STATT PROFIT

Schweidnitzer Straße 41
Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf
Fon 0211- 26 11 210
Fax 0211- 26 11 220

Ja, ich will Geld zielorientiert anlegen:

Name
Straße
PLZ, Ort
Fon, Fax
E-Mail
Alter

ten die Aktien in die Höhe. Um dann natürlich wieder abzusinken, als die Aussicht auf Riesengewinne sich in Luft auflöste. Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Berlin ließ alle Hoffnungen fahren. Aber es bleibt bis heute noch die Aussicht auf das Konto der UBS-Bank, auf die 2,2 Milliarden Euro.

All dieses erklärt, warum wohl nie an die Auflösung dieser Gesellschaft gedacht war. Seit 20 Jahren fordern Überlebende die sofortige Auflösung der Gesellschaft und die Verwendung des Vermögens zur Entschädigung der Opfer. Die lautstarken Protestaktionen anlässlich der Aktionärsversammlungen wurden unterstützt von den KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄREN, Gewerkschaften, der VVN, der DKP und von Menschen anderer Parteien, vor allem auch von zahlreichen Jugendgruppen. Ganz vergeblich waren diese Proteste nicht. Immerhin gelang es, dass die Verknüpfung der IG FARBEN mit den entsetzlichsten Verbrechen in die Öffentlichkeit drang und auch Eingang in die bürgerlichen Medien fand.

Die Hoffnung auf das UBS-Konto haben die Liquidatoren nie aufgegeben. Sie wandten sich sogar an Überlebende mit der „Bitte", eine Petition an die UBS zu unterschreiben, dass das Konto freigegeben werden solle. Im Gegenzug versprachen sie, einen Teil des Geldes den Opfern zugute kommen zu lassen. Die Angesprochenen haben dieses Ansinnen empört zurückgewiesen.

Unter dem Druck der Protest-Aktionen bei den Aktionär Versammlungen, unter dem Druck der Auseinandersetzung zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen, was nach beschämenden Geschacher zur Bundesstiftung führte, waren die Liquidatoren vor zwei Jahren genötigt, eine eigene Stiftung zu gründen, in die sie drei Millionen DM, also eineinhalb Million Euro, einzahlen wollten. In Wirklichkeit wurde nur ein kläglicher Beitrag von 256.000 Euro in der Stiftung eingebracht. Schließlich war das gesamte Vermögen von den HauptaktionärInnen geplündert, indem sie sich das Geld zum Teil mittels kriminellen Machenschaften ausschütten ließen. Schließlich war die IG FARBEN i.A., die Geld in die Immobiliengesellschaft WCM angelegt hatte, mit 28 Millionen verschuldet und zahlungsunfähig. Am 10. November 2003 erklärte sie ihre Insolvenz. Für die Opfer blieb kein einziger Cent. Angelika Amend, vom Frankfurter Amtsgericht als Insolvenzverwalterin eingesetzt, fand auf dem Konto lediglich 10.000 Euro. Sie appellierte, an Verfolgten Organisationen zu spenden, weil für die Abwicklung 300.000 bis 350.000 Euro nötig seien.

Das Vermögen auf dem Konto der UBS gehört den Opfern, sonst niemandem. Hierfür werden Überlebende und Angehörigen der Ermordeten alles unternehmen, was juristisch und politisch möglich ist. Das Geld gehört in eine Stiftung, die von ihnen kontrolliert wird. Es ist der Appell an die Gläubigerbank zu richten, alles, was sie aus der Masse der Immobilien herausholt, ebenfalls in die Stiftung einzuzahlen. Aus ihr sollen alle noch vorhandenen Forderungen auf Entschädigung abgegolten werden. Und aus ihr soll alles unterstützt werden, was der Erinnerungsarbeit dient, zum Beispiel die Pflege der Gedächtnisstätte Auschwitz, die Jugendbegegnungen an dieser Stätte und alle Aktivitäten von Organisationen und Initiativen, die sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit beschäftigen.

Ich mache mir keine Illusionen, das einfach zu erreichen. Aber die wirtschaftlich und politisch Herrschenden in diesem Land hatten ja auch nie gedacht, die nach Deutschland verschleppten ZwangsarbeiterInnen jemals entschädigen zu müssen. Der juristische und vor allem der moralisch-politische Druck der Öffentlichkeit haben es aber doch - wenn auch nur unzureichend - durchgesetzt. Mit diesem moralisch-politischen Gewicht, über den alle verfügen, die sich hierfür einsetzen, können auch wir es schaffen.

* Peter Gingold, einer der Bundessprecher der VVN-BdA, kämpfte unter anderem in der französischen Resistance gegen den Faschismus und verlor fast seine ganze Familie in Auschwitz.

NIE WIEDER

Von Axel Köhler-Schnura

Mitte der 80er Jahren begegnete die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) im Rahmen ihrer Aktivitäten einem leibhaftigen Zombie, einem Untoten. Sie musste feststellen, dass die IG FARBEN, der verbrecherische Zusammenschluss der deutschen chemischen Industrie unter Führung des BAYER-Konzerns, noch immer als Aktiengesellschaft Geschäfte machte. Obwohl sie, verantwortlich für den Tod Zehntausender von ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen und Täter im Zusammenhang mit Weltkrieg, Faschismus und abscheulichsten Verbrechen durch Beschluss des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg seit 1953 aufgelöst zu sein hätte.

Die CBG alarmierte umgehend die Öffentlichkeit und mobiliserte seither mit einer im Laufe der Zeit zunehmenden Zahl anderer Organisationen, um die endgültige Schließung der Blut-AG und die Verwendung des Restvermögens für die Opfer zu erzwingen. So gab es beispielsweise keine Hauptversammlung der IG FARBEN mehr ohne die Proteste der CBG, antifaschistischer Organisationen und der Opfer-Verbände.

Anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Februar 1995 hielt der damalige Bundespräsident Roman Herzog eine weltweit viel beachtete Rede in der Auschwitz-Gedenkstätte in Polen. Doch obwohl er in unmittelbarer Nähe des IG-eigenen Konzentrationslagers Monowitz sprach, erwähnte er nicht mit einer Silbe die Verantwortung der Konzerne und Banken für Naziverbrechen, Faschismus, Konzentrationslager und Krieg.

Die CBG nahm den offenkundigen Mangel der Herzog-Rede zum Anlass, um noch im Jahr 1995 die Kampagne „Nie wieder!" zu starten. Die Kampagne „Nie wieder!" setzt sich seither dafür ein, dass die Verantwortung des deutschen Finanzkapitals für Weltkrieg und Faschismus im öffentlichen Gedächtnis bleibt. Es muss alles getan werden, dass die deutsche Industrie nicht erneut im Interesse ihrer Profite und mit dem Segen ihrer AktionärInnen die Welt mit Krieg und Verbrechen überzieht. Die Kampagne wendet sich gegen Geschichtsfälschung, Täterschutz und Schlussstrich-Politik.

Die Kampagne ist auf Spenden angewiesen.
Spenden bitte auf das Konto 8016 533 001 der GLS-Bank (BLZ 430 609 67).

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

Fax 0211 - 26 11 220

Absender/in:

Vorname, Name

PLZ, Ort

Straße, Haus-Nr.

Telefon, Fax Alter

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418 40081 Düsseldorf

eMailCBGnetwork@aol.com

BAYER-Pestizide im Baumwoll-Anbau

Die Spur des Giftes

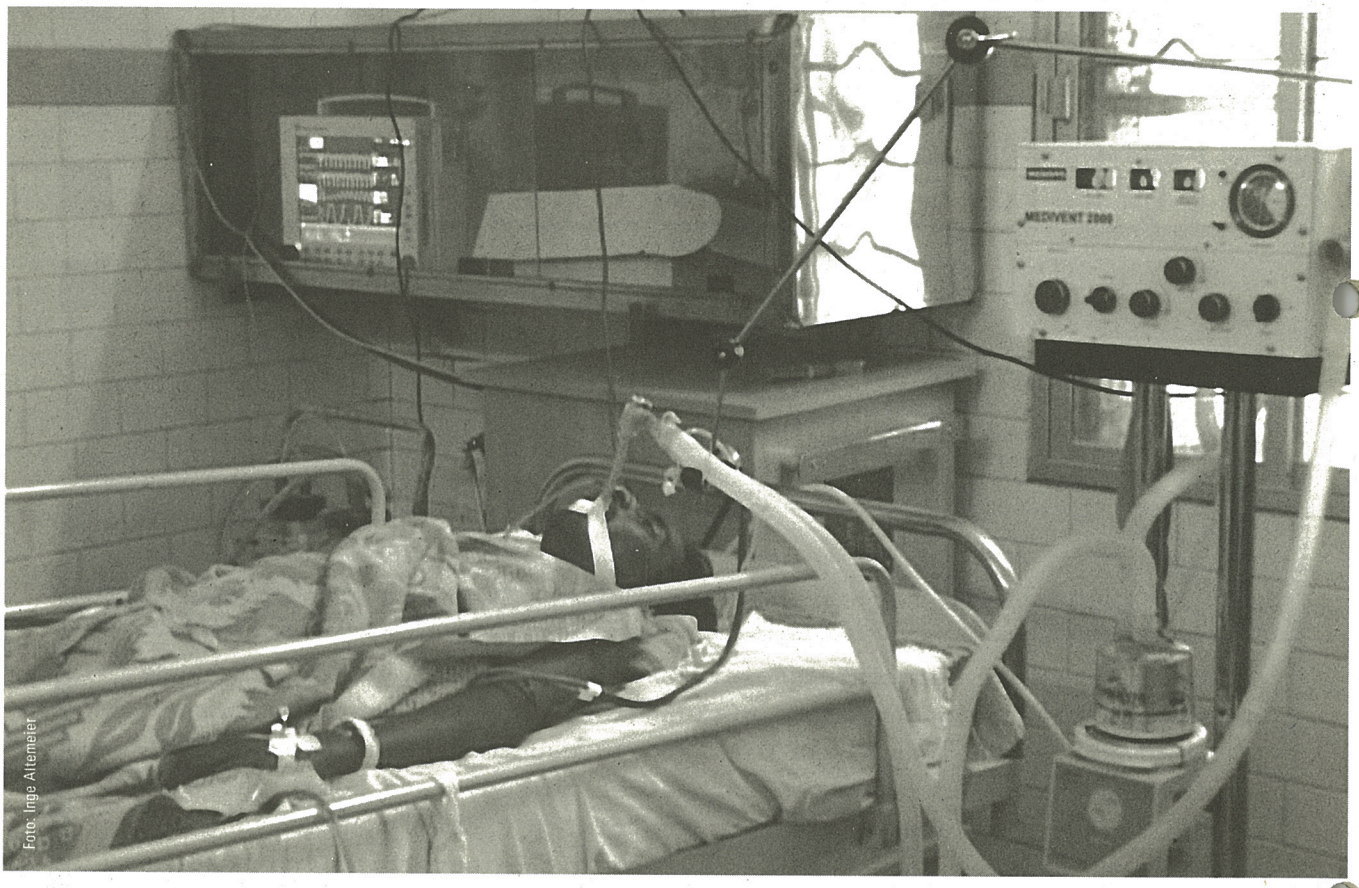


Foto: Inge Altemeier

Pestizid-Vergifteter im Krankenhaus

In schrottreifen indischen Fertigungsstätten lässt BAYER anderswo längst verbotene Pestizide herstellen. Die Baumwoll-FarmerInnen des Landes versprühen die Agrochemikalien in rauhen Mengen und verschaffen den Mitteln damit Eintritt in die gesamte Kette der Kleidungsproduktion. Die LandwirtInnen haben unter ihrer Wirkung dann genauso zu leiden wie die PflückerInnen und die WeiterverarbeiterInnen in den Kleider-Fabriken. Sogar die fertige Kleidung in den Geschäften von C&A, METRO oder H&M weist noch Chemie-Rückstände auf. Diese Spuren des Giftes hat der Film „100 Prozent Baumwolle - Made in India" von Inge Altemeier und Reinhard Hornung minutiös nachgezeichnet.

Von Axel Köhler-Schnura und Jan Pehrke

Reichhaltige Gift-Auswahl

„Pestizide und Baumwoll-Anbau - das gehört für mich einfach zusammen. Wir setzen viele Pestizide ein, aber Monocrotophos ist nicht gefährlich. Da brauche ich mich nicht vor zu schützen", sagt der indische Kleinbauer Anand. Ohne Spezial-Kleidung versprüht er das BAYER-Produkt deshalb Tag für Tag und zusätzlich nach jedem Regen. Seine allabendliche Benommenheit, Übelkeit und lahme Zunge führt er nicht auf die Agro-Chemikalie zurück.

„Ich habe die Erfahrung gemacht, dass BAYER oder AVENTIS hierher kommen, weil es soviel billiger ist, hier zu produzieren. Und das ist so, weil sie ihre Abwässer nicht klären und die Abfälle nicht entsorgen müssen", empört sich Michael Mazgaonkar von der indischen Umweltschutz-Gruppe PSS.

Anand weiß nichts von der Gefährlichkeit der Substanz aus der Gruppe der Phosphorsäureester. Als Analphabet entgehen ihm die Warnhinweise auf den Behältern. Auch die Dosierungsvorschriften kennt der Landwirt nicht. Er richtet sich beim Gebrauch des Monocrotophos allein nach dem Schadinsekten-Aufkommen. Und das wächst beständig. Die Pflanzen sind enorm anfällig für Würmer und Insekten. So fordert die über Jahre gepflegte Monokultur ihren Tribut. Nirgendwo sonst auf der Welt werden so viele Pestizide ausgebracht wie im Baumwoll-Gürtel von Andhra Pradesh. Es gibt Heere von professionellen SprüherInnen auf den Feldern, die rund um die Uhr Tag für Tag - ohne jeden Schutz - sprühen und beim Nachfüllen ihrer auf den Rücken geschnallten Behälter regelrecht in den Giften baden. Mit verheerenden Folgen: In der Hauptsaison behandeln die MedizinerInnen des Bezirkskrankenhauses täglich bis zu 50 Vergiftungsfälle.

Noch dazu setzen sich viele der FarmerInnen in dem Glauben „Viel hilft viel" ganz umsonst einem solchen Gesundheitsrisiko aus, denn viel hilft es nicht. Die meisten Schad-Insekten und -Würmer sind nämlich längst immun gegen Monocrotophos. Etliche LandwirtInnen verloren deshalb ihre gesamte Ernte. 700 von ihnen haben sich im vergangenen Jahr umgebracht - „Sie tranken das Gift, das die Schädlinge nicht töten konnte" heißt es im Film.

Anand büßte zwei Drittel seiner Baumwoll-Erträge ein. Seit neuestem benutzt er deswegen noch zusätzlich BAYERs AVANT. Umgerechnet 70 Euro hat er dafür bezahlt. Da seine Baumwolle ihm durchschnittlich nur jährlich 100 Euro einbringt, hat er einen Teil seiner Ernte schon von vornherein an seinen Pestizid-Händler verpfänden müssen. Gerade mal zwei Säcke bleiben dem Bauern zum freien Verkauf auf dem Markt von Warangal noch übrig. Und in diesem Jahr bekommt er weniger als früher dafür. Die lange Dürre hat die Qualität beeinträchtigt. Zudem weitet sich der Anbau - nicht nur in Indien, sondern auch in Afrika - immer weiter aus, und diese Überproduktion drückt die Weltmarkt-Preise. Vor acht Jahren, als Anand ganz auf Baumwolle umstellte, war das noch nicht absehbar. Vom „weißen Gold" war damals viel die Rede, weil die Weltmarktpreise von Baumwolle weit über denen von Getreide oder Reis lagen. Aber das ist lange her.

Profitiert hat von dem Baumwoll-Boom nur einer: der den indischen Agrochemie-Markt zu 80 Prozent beherrschende Leverkusener Konzern. Er hat sich damit ein lukratives Absatz-Gebiet für →

Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
22. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
Internet: http://www.dsk.de/rds/16985014.htm
http://www.CBGnetwork.de
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.
Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Volker Rekittke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag,

Vertrieb: CBG

Layout: Uwe Kölsch

Druck: Ordensgemeinschaft Beschäftigungshilfe (0211/44 93 98 70)

Bankverbindung: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1999
(1/1 S. sw 500,- €, 1/2 S. 300,- €
1/3 S. = 1 Spalte 175,- € zzgl. MWSt.)
STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen
Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000".

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter
Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg

seine in der Bundesrepublik und anderen Industrieländern aufgrund ihrer Gefährlichkeit längst verbotenen Alt-Pestizide

Foto: Inge Altemeier

erschlossen. Trotzdem stellt der zuständige BAYER/India-Manager, S. Venkata Pathi, das Unternehmen mit Unschuldsmiene zynisch als Getriebenen dar: „Der Markt zwingt uns dazu, weiterhin Monocrotophos, Finalphos und so weiter zu liefern. Die Nachfrage kommt von unseren Großhändlern. Das ist zwar eine Übergangslösung, denn wir produzieren sie nicht. Trotzdem müsssen wir uns nach dem Markt richten und unsere Händler beliefern".

BAYER produziert Monocrotophos & Co. nicht selber, BAYER lässt sie unter katastrophalen Bedingungen von Vertragsfirmen produzieren, womit der Leverkusener Chemie-Multi sich aus der direkten Verantwortung stehlen will. Schrottreife Anlagen in der Industrie-Region von

In der Hauptsaison behandeln die MedizinerInnen des Bezirkskrankenhauses täglich bis zu 50 Vergiftungsfälle.

Vapi dienen als Fertigungsstätten. Durch die offenen Verschläge, die rostiges Wellblech an den Seiten notdürftig vor Regen-Einfall schützt, pfeift der Wind. Vor den Fabriken türmen sich Berge von Sondermüll. Mit bloßem Auge ist nicht zu erkennen, welches Werk stillgelegt und welches noch in Betrieb ist. Sie sehen alle gleich gespenstisch aus. Ein Chemie-Park als Geister-Stadt - die Wahrheit über die Marketing-Lügen von weltweiter „Verantwortung und ökologischer Vorsorge" Sozusagen „Responsible Care" (ein mit Copyright versehenes internationales PR-Programm der Chemie-Multis) auf indisch. „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass BAYER oder AVENTIS hierher kommen, weil es soviel billiger ist, hier zu produzieren. Und das ist so, weil sie ihre Abwässer nicht klären und die Abfälle nicht entsorgen müssen", empört sich Michael Mazgaonkar von der indischen Umweltschutz-Gruppe PSS. Ihre Schmutz-Fracht leiten die Firmen einfach in die kommunale Kläranlage. Deren Bau hat die Weltbank bezuschusst. Sie hat auch für die Anbindung Vapis an das Verkehrswege-Netz gesorgt. Schließlich müssen die Chemie-Antiquitäten ja so schnell wie möglich Anschluss an den Weltmarkt finden. Da Vapi ein rechtsfreier Raum ist, für den keinerlei Umweltschutz-Auflagen gelten, ist der halbe Landstrich verseucht. Chemie-Unfälle gehören zur Tagesordnung und gehen schon in die Kalkulation der Unternehmen ein. Wenn 's irgendwo knallt, beziehen die Firmen einfach den nächsten Schrott-Bau oder zimmern sich schnell einen Verschlag zusammen.

InteressentInnen für die chemischen Zeitbomben gibt es genug. Überall auf der Welt existieren arme Baumwoll-FarmerInnen, die sich die neueren, weniger toxischen Mittel nicht leisten können. Über LandwirtInnen wie Anand gelangen die Gifte dann in die gesamte Kette der Kleidungsproduktion. Zunächst schädigt er sich beim Ausbringen der Agro-Chemikalien selbst. Danach bringen die PflückerInnen ihre Gesundheit in Gefahr. Anschließend trifft die Wolle zur Weiterverarbeitung in der Kleider-Hochburg Tirupur ein, wo sich die Textil-ArbeiterInnen den Substanzen aussetzen. Dazu kommt für sie noch eine Extra-Portion Chemie durch das Bleichen und Färben. Viele Beschäftigte klagen deshalb über Schwindelanfälle, Übelkeit oder Lähmungserscheinungen. Aber nicht nur sie, der ganze Ort leidet unter der Chemikalien-Überdosis. Täglich fallen in der Fabrik Zehntausende Liter Abwässer an, die das Grundwasser verunreinigt und die Flüsse verseucht haben. Trinkwasser ist deshalb ein kostbares Gut. Tankwagen schaffen es von fern heran, und die Preise liegen hoch. „Das Wasser, das ich zum Kochen benutze, muss ich kaufen und es ist sehr teue Jetzt verbrauchen wir schon ein Drittel meines Lohnes einfach nur für Wasser", sagt eine Textil-Arbeiterin. Nur die Gesundheit stellt in Tirupur ein noch kostbareres Gut dar: Die durchschnittliche Lebenserwartung bewegt sich bei 35 Jahren.

Aber auch hier verliert sich die Spur der Pestizide noch nicht. In die Fasern der fertigen Kleidung eingedrungen, kehren sie in das Heimatland von BAYER zurück und landen in den Auslagen von C&A, Metro oder H&M. Für so manche/n KäuferIn erweisen sie sich dann aufgrund der allergie-auslösenden Wirkung der Chemikalien, die der Körper über die Haut aufnimmt, als untragbar, womit sich der Teufelskreis des Giftes schließt.

Nachtrag:

Ein Skandal fehlt im Film. Mit Druck auf Zulieferer und anderen Methoden sorgt der BAYER-Konzern dafür, dass in den indischen Betrieben gewerkschaftliche Betätigung verhindert und unterdrückt wird. Bei den gegebenen Produktionsstrukturen eine der einfachsten Übungen. Damit sind die Beschäftigten der Fabriken jeder sozialen Willkür ausgesetzt, verdienen Hungerlöhne und müssen ihre Gesundheit opfern.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) fordert:

- Schluss mit den doppelten Standards im Pestizid-Geschäft
- Schluss mit den doppelten Standards bei Umweltschutz-Auflagen
- BAYER muss die Produktion in Vapi stoppen und sich an der fälligen Sanierung der Region beteiligen

698 Abos? Nicht schlecht! Schaffen wir die 1000!*

- echt rot - klein -
schnell - mutig -

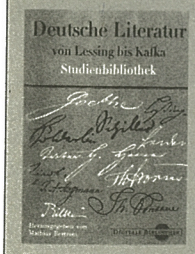
* insgesamt 1000 neue Abos bis zum 28. März!

Die Tageszeitung
junge Welt
... täglich am Kiosk

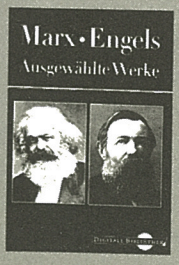
Abonnieren Sie und sichern sich eine unserer Prämien!

Nick Brauns: Schafft Rote Hilfe!
Pahl Rugenstein Verlag, 345 Seiten

Rüdiger Göbel: Bomben auf Bagdad
Homilius Verlag, 418 Seiten
und:
R. Göbel, J. Guillard, M. Schiffmann: Der Irak – Krieg, Besetzung, Widerstand
Papy Rossa, 277 Seiten



Deutsche Literatur von Lessing bis Kafka
Directmedia Publishing,
CD-ROM



Marx/Engels: Ausgewählte Werke
Directmedia Publishing,
CD-ROM

Probeabo

Ja, ich will die junge Welt für 10 Wochen ausprobieren.

Name/Vorname .....

Telefon .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die junge Welt danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die junge Welt weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probewochen monatlich

O Normalabo: 25,80 Euro,
O Soliabo: 33,00 Euro,
O Sozialabo: 18,40 Euro.

Ich bezahle mein Abo O monatlich (nur mit Bankeinzug), O vierteljährlich (3 % Rabatt), O halbjährlich (4 % Rabatt), O jährlich (5 % Rabatt)
per O Rechnungslegung O Einzugsermächtigung
Das Abo soll ab Montag, den ..... beginnen.

Für den Fall des Weiterbezugs wähle ich folgende Prämie:
O Brauns: Schafft Rote Hilfe!
O Göbel: Bomben auf Bagdad/Versch.: Der Irak
O Deutsche Literatur von Lessing bis Kafka
O Marx/Engels: Ausgewählte Werke
Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut/Bankleitzahl .....

Kontonummer .....

Datum/Unterschrift .....

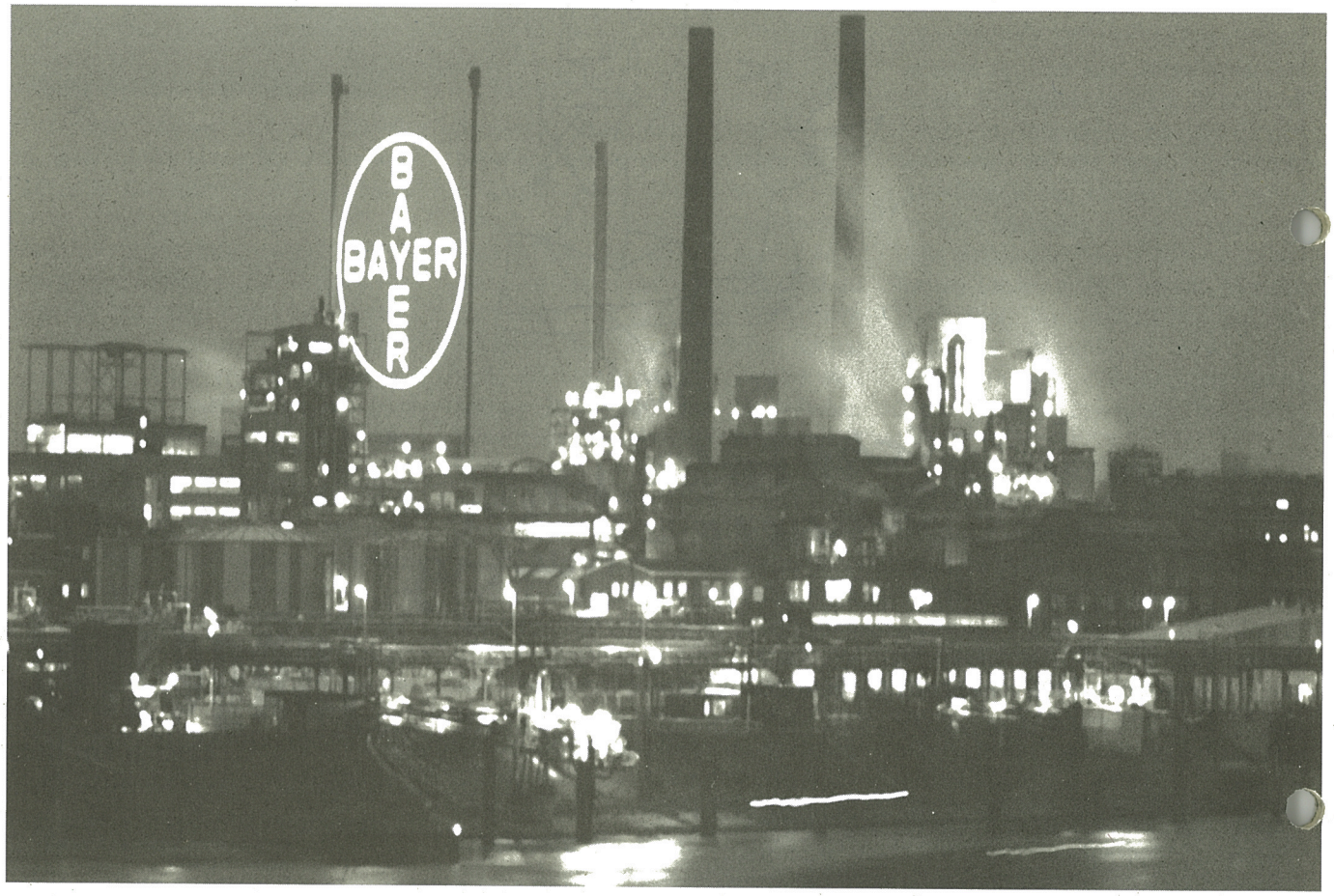
Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) schriftlich bei Ihnen kündige.
(cbg)

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.

www.jungewelt.de

Verstärkte Ausrichtung auf Profit

BAYER baut um



Mitte November 2003 gab BAYER den Umbau des Konzerns bekannt. Das Unternehmen will sich vom Chemie- und Teilen des Kunststoff-Geschäfts trennen. Stichwort BAYER berichtete bereits, beleuchtet aber anhand neuer Fakten noch einmal die Hintergründe des Strategie-Wechsels.

Von Chr. Le Maan

Mit dem Umbau vollzieht BAYER, was der Großteil der Branche längst hinter sich hat. Für viele BeobachterInnen handelt die Konzern-Leitung verspätet. Als Grund werden unterschiedliche Strategie-Vorstellungen des alten Vorstandsvorsitzenden Dr. Manfred Schneider und des neuen Mannes an der Spitze des Konzerns, Werner Wenning, genannt. Doch dies widerspricht der Tradition bei BAYER, nach der die Entwicklung der Geschäftspolitik nicht von einzelnen Personen abhängt, sondern seit der Ära Duisberg in den 20er Jahren stets dadurch gekennzeichnet war, dass alle Entscheidungen konsequent dem personen-übergreifenden Konzern-Interesse folgten, also auf breiter Basis getroffen und keinesfalls als einsame Entscheidungen durchgesetzt wurden. Es ist also anzunehmen, dass auch die derzeit zu beobachtende Entwicklung durchaus den gemeinsamen Vorgaben der alten und neuen Vorstände folgt.

Damit stellt sich die Frage nach den tatsächlichen Gründen für das scheinbar verspätete Handeln. Ein Grund mag vielleicht darin liegen, dass der Konzern neben seinen ausgewiesenen Geschäftsfeldern auch noch in einem Bereich aktiv ist, über den es so gut wie keine Informationen gibt: den Geschäftsbereich chemischer und biotechnischer Kampfstoffe. Traditionell ist der Konzern auf diesem Gebiet führend. Er hat dieses „Marktsegment" im Ersten Weltkrieg überhaupt erst kreiert und war bis zur Entwicklung der aktuellen VX-Kampfstoff-Generation stets mit seinen Patenten maßgeblich daran beteiligt. Da ist es durchaus denkbar, dass bei Umstrukturierungen Rücksichten genommen werden müssen, die für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar sind. Und da sich mittlerweile im Bereich der Kampfstoff-Entwicklungen ebenfalls der Wechsel von traditionellen Chemiewaffen hin zu Nano- und Biowaffen vollzieht, mag vielleicht deshalb gerade jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, das Unternehmen in der zu beobachtenden Weise umzubauen und neu auszurichten. Immerhin spielen beide Bereiche - sowohl die Bio- als auch die Nanotechnologie - beim Umbau Wenning zufolge eine bedeutsame Rolle.

BAYER-Chef Werner Wenning

Das Medien-Spektakel jedenfalls ist nichts als Vernebelung, Ablenkung, Beschwichtigung. Und vor allem dient es zur Einschüchterung der Gewerkschaften, um sie zum Stillhalten zu zwingen. So heißt es beispielsweise, BAYER schreibe „tiefrote Zahlen" (*Handelsblatt*). Unfug! In der Tat hat der Konzern im dritten Quartal 2003 ca. 123 Mio. Euro Verlust gemacht - der Abschluss des vierten Quartals fehlt noch. Doch steht nicht zu erwarten, dass dort weitere oder gar höhere Verluste eintreten werden, die den bisherigen Gewinn für das gesamte Jahr 2003 von bis dato noch immer satten 600 Mio. Euro auffressen werden. Das entspricht einer Kapital-Rendite von knapp 13 %, ein Vielfaches eines jeden Sparbuch-Zinses, und auch deutlich mehr, als beispielsweise die Banken an Bau-Krediten verdienen.

Doch 13 % Rendite, das sind heutzutage den Damen und Herren Groß-Kapital-BesitzerInnen - wirtschaftswissenschaftlich präzise: KapitalistInnen - zu wenig. Bei solch „niedrigen" Renditen drohen sie, die sie über Multi-Milliarden-Vermögen verfügen und diese in eigenen Fonds verwalten lassen, mit Kapital-Abzug, setzen dem Vorstand die Daumen-Schrauben an und erzwingen profit-steigernde Maßnahmen - wie eben die Zerschlagung gewachsener Betriebsstrukturen zur Beschränkung auf das höchstprofitable „Kerngeschäft" unter Vernichtung Tausender und Abertausender von Arbeitsplätzen. Klar, dass sich solche Analysen nicht in der allgemeinen Wirtschaftspresse finden.

Doch 13 % Rendite, das sind heutzutage den Damen und Herren Groß-Kapital-BesitzerInnen - wirtschaftswissenschaftlich präzise: KapitalistInnen - zu wenig

Zu Beginn der 90er Jahre hat BAYER offiziell eine „Kapitalrendite von 25 %" vorgegeben, nach Steuern versteht sich. Inzwischen mussten diese Ziele auf 14 % reduziert werden (Bilanzpressekonferenz Frühjahr 2003). Um diese noch immer unverschämten Profit-Margen zu sichern, wurde ein Kontroll-System errichtet, dass jeden einzelnen Arbeitsplatz einschließt und exakt die Prozent-Quote ermittelt. Entsprechend nur logisch, dass genau die Arbeitsplätze, die die angepeilten Ziele auf Dauer nicht erreichen werden und keine Aussicht auf Steigerung bieten, ausgegliedert und der Vernichtung preisgegeben werden.

Was die Medien auch nicht berichten: Die Verluste bzw. die Gewinn-Einbrüche sind bei BAYER hausgemacht. In aller Welt muss der Konzern seit mehreren Jahren regelmäßig Strafen in Höhe von Hunderten von Millionen zahlen, die sich

leicht zu Milliarden und Abermilliarden addieren. Wegen Verbrechen aller Art. Beispielsweise musste der Konzern Unsummen von Entschädigungen zahlen aufgrund tödlicher und/oder gesundheitsschädigender Medikamente wie LIPOBAY und Bluter-Präparaten. Er hatte Strafen und Vergleichszahlungen in Höhen von Hunderten von Millionen Euro zu leisten wegen krimineller Machenschaften wie verbotener Kartell- und Preis-Absprachen. Wobei die Verantwortlichen im Konzern das Problem natürlich immer darin sehen, dass sie ertappt worden sind und nicht darin, dass sie kriminell handeln. Und selbst wenn die Entschädigungen zu großen Teilen von den Versicherungen getragen werden, so steigen dennoch die Kosten für diese Vorsorge dramatisch an und mindern entsprechend die Gewinne.

Wie es mit NewCo weitergehen wird, ist noch offen. Selbst der Name, unter dem bereits ein US-amerikanischer Stahlkonzern firmiert, verweist darauf, dass es sich um eine kurzfristige Übergangsmaßnahme handelt. Es könnte also sein, dass NewCo entweder als neuer Chemiekonzern (mit neuem Namen) plaziert oder das NewCo in Kürze von einem anderen Chemie-Riesen aufgekauft wird. BAYER hält sich (noch) alle Optionen offen. Die neue Gesellschaft hat als Chemie-Hersteller traditionellen Zuschnitts durchaus Chancen auf Zuwachs und könnte entgegen aller derzeitigen Konzern-Aussagen innerhalb der Holding - die ja zunächst das Kapital oder zumindest Teile des Kapitals hält - doch wieder eine strategische Rolle übernehmen. Das schimmert auch in BAYER-Chef Wennings Aussagen durch, wenn er davon spricht, dass „NewCo als reiner Chemie-Konzern in einer „ganz anderen Liga" spielt und sich „in diesem Umfeld - da bin ich ganz sicher - ... gut positionieren" wird.

Aber egal, wie die mittel- und langfristige weitere Entwicklung aussehen wird, für die Profite des BAYER-Konzerns hat die Ausgliederung gleich mehrere Vorteile, für die beschäftigten entsprechend Nachteile:

+ 15.000 Arbeitsplätze sollen bei BAYER vernichtet werden, das ist das erklärte Ziel. Mit dem Verkauf von NewCo ließe sich diese Zahl sogar noch weit übertreffen. Für Tausende von Beschäftigten, wenn nicht auch mittel- und langfristig für die Mehrheit der momentanen NewCo-Beschäftigten, bedeutet das den Abstieg in prekäre Beschäftigung oder gar Arbeitslosigkeit. Allerdings fällt in vielen Fällen die Arbeit nicht weg, sondern die verbleibenden Beschäftigten müssen diese miterledigen. Der heute schon unerträglich hohe Arbeitsdruck auf die Belegschaften steigt weiter an.

+ Die Lohnkosten werden reduziert, die Spirale des Lohn-Dumping wird weiter nach unten gedreht. Auch wenn den Gewerkschaften als Zuckerstückchen das Zugeständnis gemacht wurde, die Haus-Tarife beizubehalten, werden doch mit der Ausgliederung in die neue Gesellschaft alle bisher geltenden Tarife

Verluste?

Nach jüngsten Meldungen soll es bei BAYER für das Jahr 2003 zu einem Verlust kommen. „Erstmals in der Unternehmensgeschichte", wie das *Handelsblatt* schreibt. Auch wenn eine endgültige Bewertung erst bei Vorlage der Zahlen im März/April vorgenommen werden kann, so steht doch bereits jetzt fest, dass die Verluste nicht durch Markt-Entwicklungen zustande kommen, sondern durch „Wert-Berichtigungen". Das heißt, die roten Zahlen finden nur auf dem Papier statt. Bilanz-Positionen auf der Vermögensseite werden mit Sonder-Abschreibungen abgewertet. Entweder wurden in der Vergangenheit diese Werte in der Bilanz zu hoch beziffert, oder aber der Konzern korrigiert seine Ansätze aus taktischen Gründen. Ein gewichtiger Grund könnte sein, dass die Bilanzen der nach dem Umbau entstehenden neuen Gesellschaften ein für InvestorInnen und Banken günstiges Bild abgeben müssen. Sei es wie sei, die Umstrukturierung des Konzerns wird offensichtlich genutzt, um ein Großreinemachen anzuschließen. Das *Handelsblatt* schreibt: „Wenning werde die Gelegenheit nutzen, um die Bilanz-Relationen zu verschlanken." Boris Boehm, Fondsmanager bei der HAMBURGER NORDINVEST kommentiert: „Sie versuchen, den Schreibtisch aufzuräumen." Also kein Grund zur Sorge, der Konzern baut strategisch um. Auch seine Bilanz.

neu geregelt. Es wird mit Sicherheit ein deutlich niedrigeres Niveau herauskommen. Wahrscheinlich sogar mit neuen, verlängerten Arbeitszeiten. Die traditionellen Haus-Tarife bei BAYER werden elegant ausgehebelt.

+ Die Schulden-Übertragung auf die neue Gesellschaft wird als steuer-sparender Nebeneffekt eine Refinanzierung über die Staatskasse bringen. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür hat sich BAYER selbst geschaffen, indem der Konzern den inzwischen verstorbenen Finanzexperten Zitzelsberger ins Eichel-Ministerium delegierte. Die Sanierung wird - zumindest teilweise - über die öffentlichen Haushalte finanziert werden. Zahlen muss die Allgemeinheit.

Doch nicht alle Rechnungen gehen auf. So hat BAYER gehofft, die aufgrund von LIPOBAY und anderen Problemen angeschlagene Attraktivität der BAYER-Aktie durch die Umstrukturierung unmittelbar weiter zu erhöhen, damit neues Kapital anzulocken und den Kapitalwert (Rekapialisierungswert) der Gesellschaft (wieder) zu steigern. Doch Börse und AnalystInnen zeigen sich vom Getöse der Konzern-Herren unbeeindruckt. Nachdem der Kurs aufgrund der LIPOBAY-Prozesse im Vorjahr von ca. 40 auf weit unter 20 Euro abstürzte, hat die BAYER-Aktie durch die Maßnahmen nur wenig zugelegt, dümpelt jetzt bei ca. 22 Euro und hat keinerlei Sensationen zu bieten.

Dies müssen wir als deutliches Signal werten, dass die Angriffe zugunsten der Profite und zu Lasten der Belegschaften weitergehen werden. Denn wie bereits festgestellt, das Kapital wird erst wohlgesonnen reagieren, wenn die Profit-Quote wieder deutlich steigt. Und das ist eben auch mit diesen Maßnahmen noch nicht hinreichend der Fall. Weder bei NewCo noch beim BAYER-Stammkonzern.

Vor solchem Hintergrund ist es besonders schamlos und infam, die Schuld für die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen den Beschäftigten, die „zu teuer" seien, oder dem „Luxus-Standort Deutschland" zuzuweisen. Die kriminelle Konzern-Leitung und die BAYER-KapitalistInnen, die den Hals nicht voll bekommen, sind zu teuer. Sie sind es, welche die Verantwortung für die Vernichtung Tausender Arbeitsplätze und die ins Unerträgliche steigende Arbeitsbelastung tragen; die nicht zufrieden zu stellen sind und immer weitere gegen die Rechte und den Besitzstand der Beschäftigten gerichtete Maßnahmen fordern.

Umso problematischer, wenn BetriebsrätInnen und Gewerkschaften sich einschüchtern lassen, den Willkür-Maßnahmen der Kapital-Seite zustimmen und von ihrem eigenen Ast erneut ein gutes Stück absägen. Bei BAYER sitzen mit Schmoldt von der IG BCE und Schulte vom DGB gleich zwei Top-Gewerkschaftler im Aufsichtsrat. Beide haben, ebenso wie der von Erhard Gipperich vertretene Gesamtbetriebsrat, zugestimmt, anstatt den Kampf gegen die rein profit-gesteuerten Vernichtungspläne aufzunehmen. Sie haben sich abspeisen lassen mit der Zusage, dass 1.000 Arbeitsplätze weniger vernichten werden als vorgesehen. Ein übles Spiel mit der Existenz der Beschäftigten.

Die Umbau-Maßnahmen bringen keinerlei Vorteil für Mensch und Umwelt. So begrüßen wir die Demonstrationen und Protest-Aktionen der Belegschaften, rufen zu entschlossenem Widerstand auf und werden alle Bemühungen, die auf den Erhalt der Arbeitsplätze abzielen, unterstützen.

US-ForscherInnen legen Studie vor

Krebsrisiko ASPIRIN?

ASPIRIN-Werbung auf der BAYER-Hauptversammlung

(dpa/swb). Die langjährige regelmäßige Einnahme des ASPIRIN-Wirkstoffs Acetylsalicylsäure (ASS) kann einer US-Studie zufolge bei Frauen das Risiko für Bauchspeicheldrüsen-Krebs erhöhen. Das fanden ForscherInnen der Harvard Medical School heraus.

Ein Team um Eva Schernhammer vom Channing Laboratory der Harvard Medical School in Boston (Massachusetts) hat Daten von mehr als 88.000 Frauen ausgewertet. Innerhalb von 18 Jahren waren unter diesen 161 Fälle von Bauchspeicheldrüsenkrebs aufgetreten. Frauen, die nach eigenen Angaben länger als 20 Jahre zwei oder mehr ASS-Tabletten pro Woche nahmen, hatten ein um 58 Prozent höheres Risiko für Bauchspeicheldrüsenkrebs als Frauen, die dies Mittel nicht nahmen. Bei 14 oder mehr Tabletten pro Woche stieg das Risiko schon nach wenigen Jahren um 86 Prozent.

BAYER betonte, dass ASPIRIN bzw. dessen Wirkstoff ASS (Acetylsalicysäure) die Sterblichkeit „jedweder Ursache" verringere. So belegten andere epidemiologischen Studien, dass ASPIRIN das Krebsrisiko senke. Zudem hätten die AutorInnen der US-Studie selbst hervorgehoben, dass das potentielle Risiko von Bauchspeicheldrüsen-Krebs in Verbindung mit den Vorteilen von ASS bewertet werden müsse, insbesondere für das Herz-Kreislauf-System. So erkrankten jährlich rund 27.000 US-BürgerInnen an Bauchspeicheldrüsen-Krebs, während in diesem Jahr fast 1 Million AmerikanerInnen an einer Herz-Erkrankung sterben dürfte, so die BAYER-Argumentation.

Insgesamt versucht der BAYER-Konzern seinen „Tausendsassa" für immer mehr Indikationen anzupreisen. ASPIRIN soll nicht nur wirksam gegen Migräne sein, sondern auch gegen Schlaganfall, Herz-Infarkt, Darmkrebs, Lungenkrebs, Leukämie und viele andere Krankheiten wirksam helfen. Doch das Gegenteil ist der Fall. ASPIRIN-JUNIOR z. B. steht im Verdacht, bei Kindern das lebensgefährliche Reye-Syndrom auszulösen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat auf mehreren Hauptversammlungen immer wieder darauf hingewiesen und ein Verbot der Werbung in Ländern der „Dritten Welt" gefordert, wo das Mittel unter verschiedenen Namen noch immer vertrieben wird.

Somit gehören ASPIRIN-Nebenwirkungen zu den 15 häufigsten Todesarten in den USA

Nach einer Untersuchung der Boston University of Medicin sterben jährlich 16.500 AmerikanerInnen an Magenblutungen, die durch ASPIRIN und ähnliche Schmerzmittel verursacht werden, in 170.000 Fällen kommt es zu schwerwiegenden Magen-Schäden. Somit gehören ASPIRIN-Nebenwirkungen zu den 15 häufigsten Todesarten in den USA, die Zahl der Todesfälle ist ebenso hoch wie die der „Aids-Epidemie" (16.685 „HIV-Tote" 1997). Jahr für Jahr müssen 100.000 ASPIRIN-Betroffene stationär behandelt werden, wobei Kosten von 2 Mrd. US-Dollar entstehen. Allein in den USA gehen jährlich 30 Mrd. ASPIRIN-Tabletten über die Ladentheken.

Die CBG fordert, ASPIRIN unter Rezept-Pflicht zu stellen. Ferner müssen alle Opfer und ihre Angehörigen angemessen entschädigt werden. ASPIRIN für Kinder muss unverzüglich vom Markt genommen werden. Ferner fordert die COORDINATION ein Werbeverbot für alle Medikamente.

GEKLONT.....

Wohl oder Fluch der Menschheit? Novel Food, Gene-Pharming, Genetische Diagnostika, Reproduktionstechnologie und andere Unwörter beherrschen das Feld. Nur wer sich informiert, kann sich erfolgreich auseinandersetzen.

.....PATENTIERT

Anita Idel/Benedikt Haerlin/ Florianne Koechlin
GENOPOLY
Noch nie wurde eine neue Technologie derart gegen den Willen der Betroffenen erzwungen. Hintergründe und Informationen.
Paperback, ca. 130 S., 15,00 €.
Bestell-Nr. **1 581 053**

Hans-Ulrich Grimm
AUS TEUFELS TOPF
Die neuen Risiken beim Essen. Nahrungsmittel aus den Labors der Konzerne BAYER & Co. sind längst eine globale Gefahr für jeden Menschen. Das zeigt eine Fülle bereits eingetretener Schadensfälle.
Leinen mit Schutzumschlag, ca. 302 S., 21,50 €.
Bestell-Nr. **1 919 694**

preisreduziert
Ruben Scheller
DAS GEN-GESCHÄFT
Auch wenn bereits 15 Jahre alt, ist dieses Buch doch von brennender Aktualität. Umfassend werden alle Felder der Bio- und Gentechnologie behandelt und in den gesellschaftlichen Rahmen gestellt.
Taschenbuch, ca. 284S., früher 10,50 €, jetzt nur noch 3,50 €.
Bestell-Nr. **1 423 451**

Christian Hiß (Hg.)
DER GENAUE BLICK
Ein Blick in die Labors, in die landwirtschaftliche Praxis, in Werbeagenturen und Ethikkommisionen. Ein Bogen von der Ersten in die Dritte Welt, vom Hersteller bis zum Verbraucher. Fakten, die es ermöglichen die Grüne Gentechnik kritisch auf dem Prüfstand zu stellen.
Paperback, ca. 160 S., 16,00 €.
Bestell-Nr. **1 581 010**

Brot für die Welt (Hg.)
VON GEN-PIRATEN UND PATENTEN
Weltweit entschlüsseln Wissenschaftler die Geheimnisse der Natur und bringen sie unter ihre Kontrolle. Für die Profite vor allem der Pharma- und Saatgutkonzerne. Diese Biopiraterie bedroht die Artenvielfalt und untergräbt die Ernährungssicherheit.
Paperback, ca. 100S., 7,50 €.
Bestell-Nr. **1 992 015**

Jens Reich
ES WIRD EIN MENSCH GEMACHT
Die Grundlagen der Genforschung und die Möglichkeiten, die uns diese Forschung eröffnet. Ein Beitrag zu den ethischen Fragen diese Forschung auswirft.
Hardcover, ca. 190 S., 16,90 €.
Bestell-Nr. **1 344 710**

VIDEO
Kai Krüger/Bertram Verhaag
TOTE ERNTE - DER KRIEG UM´S SAATGUT
Die sogenannte Terminator-Technologie manipuliert Pflanzen gentechnisch so, dass sie nur einmal keimfähig sind. Sie macht die Bauern mit Hilfe der Gentechnik endgültig von den Konzernen abhängig. Eine Wiederaussaat der Ernte ist zwecklos
Video, ca. 45 Min., 25,00 €.
Bestell-Nr. **3 000 035**

Albin Eser (Hg.)
BIOMEDIZIN UND MENSCHENRECHTE
Die moderne Biomedizin ist eine Herausforderung an alle unsere bisherigen ethischen Konzepte. Sie revolutioniert unser Welt- und Menschenbild. Dokumentation aller bisher entwickelten nationalen und internationalen Regelwerke.
Paperback, ca. 192 S., 21,00 €.
Bestell-Nr. **1 008 294**

Gertrude Klaffenböck/Eva Lachkovics/Südwind Agentur (Hg.)
BIOLOGISCHE VIELFALT
Wer die genetischen Ressourcen der Ernährung kontrolliert, hat die Macht über die Zukunft der Menschheit. Über die fortschreitende Patentierung von Lebensformen.
Paperback, ca. 294 S:, 19,90 €.
Bestell-Nr. **1 992 198**

Bertrand Jordan
ALLES GENETISCH?
Es gibt eine gewaltige Überschätzung der genetischen Forschung, die auf einer extremen Vereinfachung und Verzerrung dessen basiert, was wir seit kurzem über Gene wissen.
Paperback, 200 S., 18,50 €.
Bestell-Nr. **1 530 797**

Jeremy Rifkin
DAS BIOTECHNISCHE ZEITALTER
Es geht nicht um das Wohl der Menschheit. Es geht - mal wieder! - um Profite in Milliardenhöhe. Zum Nachteil der Bevölkerung und des Planeten.
Leinen m. Schutzumschlag, ca. 380 S., 22,45 €.
Bestell-Nr. **1 002 667**

Jäger u.a. (Hg.)
BIOMACHT UND MEDIEN
Welche Rolle die Medien bei der Durchsetzung der Biotechnologien spielen. Widerstände werden an den Rand gedrängt, hochgefährliche Technik wird gesellschaftsfähig gemacht.
Paperback, ca. 36 S., 19,90 €.
Bestell-Nr. **1 388 599**

Florianne Koechlin (Hg.)
DAS PATENTIERTE LEBEN
Pflanzen und Tiere als geschützte Patente einiger Konzerne? Dies hat gefährliche Auswirkungen auf die ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft, auf die wissenschaftliche Forschung und auf die Ernährungsgrundlagen der Menschheit.
Paperback, ca. 248S., 15,00 €.
Bestell-Nr. **1 691 453**

Steven Rose
DARWINS GEFÄHRLICHE ERBEN
Es sind nicht nur die Gene, die über die Gestaltung des Geschicks von Pflanzen, Tieren und Menschen bestimmen. Die Reduktion der Biologie auf die Genetik ist gefährlich für das Verständnis der Lebensprozesse.
Leinen m. Schutzumschlag, ca. 370 S., 24,90 €.
Bestell-Nr. **1 459 072**

Lisbeth N. Trallori (Hg.)
DIE EROBERUNG DES LEBENS
An der Schwelle zum 21. Jahrhundert unterwerfen die Konzerne das Leben den Bedingungen ihrer Profite. Technik und Gesellschaft stehen vor einer Wende. Wie verläuft die Eroberung des Lebens? Was hat sie für uns zu bedeuten?
Paperback, ca. 315 S., 24,00 €.
Bestell-Nr. **1 152 328**

Arnold Künzli
MENSCHEN-MARKT
Die Humangenetik zwischen Utopie, Kommerz und Wissenschaft.
Taschenbuch, ca. 205 S., 10,50 €.
Bestell-Nr. **1 556 383**

✂ Jetzt bestellen bei:

WWW.J5A.NET
Postfach 15 01 61, 40078 Düsseldorf,
Fon 0211 - 26 11 210, Fax **0211 - 26 11 220,** eMail bestellung@j5a.net

Anz.	Best.-Nr.	Kurztitel	Euro
1	XXXXXX	kostenl. Gesamtkatalog	-,-- Euro
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
Porto/Verpackung Inland (**Ausland je nach Kosten**)			2,50 Euro
Gesamtbetrag			Euro

Bitte **Scheck** oder **Einzugsermächtigung:**

Bank .....

Konto .....

Bankleitzahl .....

Adresse.....

..... Alter .....

Datum/Unterschrift .....

j5A - just fünf Argumente: zukunftsfähig, engagiert, parteilich, überzeugend, wirksam

[internet] versand WWW.J5A.net

Bücher · Videos · CD-Rom

Postvertriebsstück G 10848
CBG, Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Au weia, BAYER!

Parasiten-Panik powered by BAYER

Die Sonderausstellung „Parasiten - leben und leben lassen", die das „Museum für Naturkunde" der Berliner Humboldt-Universität zusammengestellt hat und auch in Göttingen zu sehen war, will den Blick öffnen „für den faszinierenden Mikrokosmos unserer oft kaum sichtbaren und meist eher unbeliebten Mitbewohner". Sie ist allerdings kaum geeignet, das Image der Tiere zu verbessern. Schau und Begleitveranstaltungen schüren nämlich unverhohlen Panik. „Egal, ob Sie mit Hund oder Katze zusammenleben, gerne durch den Wald streifen oder ihren Garten bewirtschaften, ob Sie gerne in die Tropen reisen oder im Sommer Wildbeeren sammeln" - von überall her droht Gefahr, suggerieren die AusstellungsmacherInnen. Zum Glück geben WissenschaftlerInnen in Vorträgen auch Tipps zur sinnvollen Vorbeugung. Und da erschließt sich auch schon, warum angeblich Grund zur Panik besteht: BAYER ist ein Hauptsponsor der Ausstellung und Groß-Produzent von Mitteln gegen Parasiten.

Wilfrid Polke | **Robert Butzelar** | **Klaus Staeck** | **Claudia Rogge** | **Peter Royen**

Die in der Kunst gegen Konzerne herausgegebenen Arbeiten werden von den KünstlerInnen gratis zur Verfügung gestellt. Mit dem Erwerb der Objekte wird die Arbeit konzernkritischer Gruppen gefördert. Die Galeriepreise der Werke liegen in aller Regel weit über den Vorzugsabgabepreisen der „Edition Kunst gegen Konzerne". Deshalb, und wegen der strengen Limitierung und der oftmals vorliegenden Original-Signatur, haben die Kunstwerke ein hohes Wertsteigerungspotential. Wegen Limitierung keine Liefergarantie. Die Auslieferungen erfolgen stets nach Datum des Bestelleingangs.

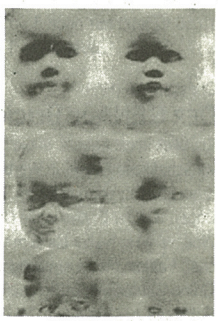
Prof. Wilfrid Polke
ist ein Künstler, der sich politisch einsetzt und zu gesellschaftlichen Konflikten nicht schweigt. Die Tuschezeichnung „Tanz um das Goldene Kalb" ist ein Mahnmal gegen das Diktat des großen Geldes und eine Aufforderung zu Toleranz und Solidarität.

Sammler-Uhr
„Tanz um das Goldene Kalb"
Durchmesser ca. 32 mm, Metallgehäuse, Lederarmband, rückseitig mit Signatur-Gravur, in hochwertiger Aludose verpackt, Aufl. 300 Stück,
nur 68 €.

Zeichnung
„Tanz um das Goldene Kalb"
Mikro-Piezo-Technik nach Tusche, ca. 60 x 40 cm, Auflage 100 Stück, handsigniert, nummeriert
nur 148 €.

Claudia Rogge
ist in der Kunstszene ein Begriff und erzielt hohe Marktpreise. Die vorliegende Foto-Arbeit wendet sich gegen Gen- und Reproduktionstechnologie.

PRAE M.O.B.
Fotoarbeit-Digitalabzug, ca. 50 x 70 cm, limitiert, handsigniert,
nur 95 €.



EDITION KUNST GEGEN KONZERNE
FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT

Ich/wir bestelle/n

Coupon zurück an: Edition Kunst gegen Konzerne, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

☐ _____ *Expl. Rogge-Fotoarbeit „PRAE M.O.B. zum Stückpreis von 95 €*

☐ _____ *Expl. Polke-Uhr „Tanz um das Goldene Kalb" zum Stückpreis von 68 €*

☐ _____ *Expl. Polke-Grafik „Tanz um das Goldene Kalb" zum Stückpreis von 148 €*

Alle Artikel zuzüglich 5 € Versandkosten.

Name/Vorname _____ *Alter* _____

Adresse _____

Bitte ziehen Sie den Rechnungsbtrag ein von: Bank _____ *BLZ* _____

Kto.-Nr. _____ *Unterschrift* _____